



# MINORITIES IN ACTION



EUROPEAN CENTRE  
FOR  
MINORITY ISSUES

2011



European Centre  
for Minority Issues (ECMI)  
Schiffbrücke 12  
Kompagnietor  
D-24939 Flensburg

Fon: 0461 - 1 41 49-0  
Fax: 0461 - 1 41 49-19  
e-mail: info@ecmi.de  
Internet: www.ecmi.de

„Minorities and  
local elections 2009...“





## Inhalt

	Seite
<b>SSW – Das Wahlergebnis 2009 war Spitzenklasse!</b>	<b>4-13</b>
<b>South Schleswig Voters' Association Youth (SSW-U): Representing the political positions of young people within the minority</b>	<b>14/15</b>
<b>South Schleswig Voters' Association – The State Parliamentary Group: A successful election for the SSW</b>	<b>16-25</b>
<b>South Schleswig Voters' Association – State Association</b> Successful election: 69,438 votes and four state parliament seats	<b>26-43</b>
<b>Vier SPitzen über Gegenwart und Zukunft der Schleswigschen Partei</b> Interview des Nordschleswigers mit Uwe Jessen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen, Jørgen Popp Petersen	<b>44-65</b>
<b>Durchbruch der SP als Regionalpartei</b> Wesentlich bessere Möglichkeiten, die Politik in Nordschleswig zu erneuern...	<b>66/67</b>



European Centre  
for Minority Issues (ECMI)  
Schiffbrücke 12  
Kompagnietor  
D-24939 Flensburg

Fon: 0461 - 1 41 49-0  
Fax: 0461 - 1 41 49-19  
e-mail: info@ecmi.de  
Internet: www.ecmi.de



## SP – Das Wahlergebnis 2009 war Spitzeklasse!

Die Schleswigsche Partei ist die Partei der deutschen Minderheit, aber sie ist auch eine moderne Regionalpartei, die eine pragmatische Politik zum Wohle aller Bürger führt. Dazu gehört als inhaltlicher Schwerpunkt die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Region Sonderjylland-Schleswig. Bei der Kommunalwahl 2009 war es das erklärte Ziel der SP, sich noch stärker als Regionalpartei zu profilieren. Die konkreten Wahlziele umfassten fünf Punkte, die dazu beitragen sollten, die politische Präsenz und den politischen Einfluss der SP zu stärken.

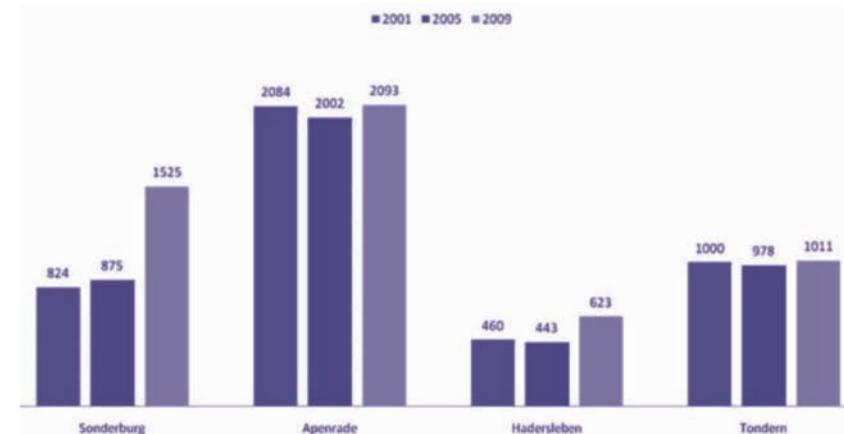


Der VW-Käfer auf Wahltour...

- insgesamt mehr Stimmen in Nordschleswig
- ein 2. Mandat in der Kommune Tøndern erringen
- ein „richtiges“ Mandat in der Kommune Hadersleben erreichen
- das Mandat in Sonderburg sichern
- mindestens 2 Mandate in der Kommune Apenrade erzielen

Die SP hatte sich als wichtigstes Ziel gesetzt, den langfristigen Abwärtstrend zu stoppen, und Stimmengewinne in Nordschleswig insgesamt angepeilt. Dieses Ziel wurde erreicht – und die kühnsten Erwartungen mit über 5.000 Stimmen übertroffen. Die SP erzielte bei der Kommunalwahl 2009 mit 5.252 Stimmen in Nordschleswig ein hervorragendes Ergebnis. Das waren knapp 1.000 Stimmen mehr als bei der Kommunalwahl 2005, wo insgesamt 4.300 Stimmen erzielt wurden.

## Die SP-Stimmen in Nordschleswig bei den Kommunalwahlen 2001-2009



Dies entspricht einem Zugewinn von 22,2%. Noch erfreulicher war aber die Tatsache, dass es gelang, in allen vier Kommunen Stimmen hinzuzugewinnen. Es gab in keiner Kommune Stimmenverluste! Absoluter Spitzenreiter war die SP in der Kommune Sonderburg, wo ein Stimmengewinn von +74,3% erreicht werden konnte, gefolgt von der Kommune Hadersleben, wo die SP ein Plus von 40,6% erreichte. Hier gelang der Sprung von 443 (2005) auf 623 Stimmen 2009. In den Kommunen Apenrade und Tøndern konnten Stimmengewinne von 4,5% und 3,4% verbucht werden. Wir sehen dies als Ansporn, bei den kommenden Wahlen in diesen Kommunen zu-

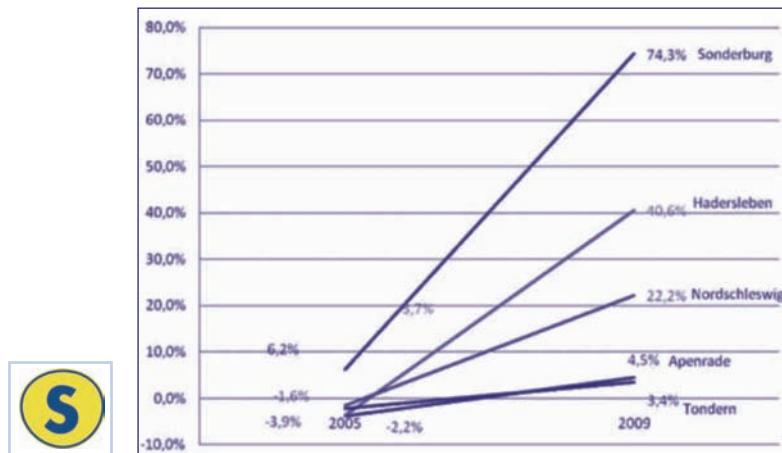
zulegen. Das erfreuliche Ergebnis dieser Entwicklung lässt sich aus der nachfolgenden Abbildung ablesen. Auch im Verhältnis zu den Wahlen von 2001 konnten überall Stimmengewinne verbucht werden. Das Wahlergebnis ist das beste Ergebnis der Schleswigschen Partei seit 1985, als die SP 5.593 Stimmen erzielte. Damit ist es uns auch gelungen, den langfristigen Abwärtstrend zu stoppen. Von 1970 bis 2001 war der Anteil der SP Stimmen kontinuierlich zurückgegangen. Dies war auch 1993 der Fall gewesen, als es der

**••• Fazit:**  
*Es war ein erfolgreiches Wahljahr 2009 für die SP!*



SP – Das Wahlergebnis 2009 war Spitzenklasse!

## Gewinne und Verluste bei den Kommunalwahlen 2001

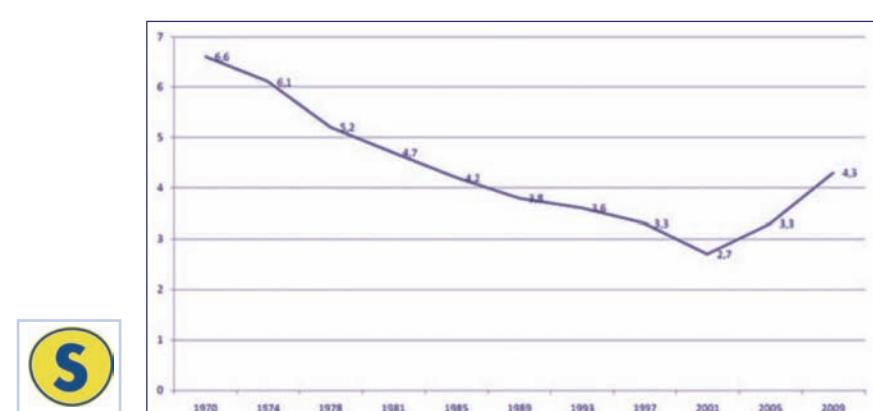


Was sich 2005 schon angedeutet hatte, konnte im Jahr 2009 bestätigt werden. Der Anteil der SP Stimmen konnte von 2001 mit dem Tiefststand von 2,7% auf 4,3% im Jahr 2009 erhöht werden. Der Abwärtstrend ist gestoppt worden. Das ist auch deswegen besonders erfreulich, weil befürchtet wurde, dass es für die SP nach der Kommunalreform noch schwerer werden würde, sich in der Verhältniswahl durchzusetzen. Da die kommunalen Wahlen in Dänemark Personenwahlen sind, spielen die aufgestellten Kandidatenlisten eine ganz wesentliche Rolle. Es war der SP im Vorfeld der Wahlgeleugungen, sehr qualifizierte und repräsentative Kandidatenlisten aufzustellen, die eine gute sozi-

ale und räumliche Repräsentation sicherten. Den aufgestellten Spitzenkandidaten kommt eine besondere Rolle zu, obwohl die SP überall mit gleichberechtigten Kandidatenlisten angetreten ist, d.h., dass alle Kandidaten die gleiche Chance haben, gewählt zu werden, ohne Rücksicht darauf, welchen Platz sie auf der Kandidatenliste haben. Der Unterschied ist jedoch, dass der Wahlkampf auf die Spitzenkandidaten besonders zugeschnitten wird. Für die Spitzenkandidaten wird u.a. auf Wahlplakaten, im Internet und mit Broschüren gezielt geworben. Sie vertreten die SP in der Regel auch bei den öffentlichen Wahlveranstaltungen. Die SP hatte je-



## Anteil der SP-Stimmen in % der Gesamtstimmen Nordschleswig bei den Kommunalwahlen 1970 – 2009



weils drei Spitzenkandidatinnen in den Kommunen Tondern und Apenrade aufgestellt, während in Sonderburg und Hadersleben nur je ein Spitzenkandidat aufgestellt war. Im Vergleich zu den anderen Parteien, die zur Kommunalwahl antreten, hat die SP traditionell einen sehr hohen Anteil an persönlichen Stimmen. Das war auch diesmal der Fall. Der Anteil der persönlichen Stimmen der Spitzenkandidatinnen an den Gesamtstimmen ist der Grafik zu entnehmen.

Absoluter Spitzenreiter ist mit 1.276 persönlichen Stimmen und einem Anteil von 83,7 % Stephan Kleinschmidt in der Kommune Sonderburg, gefolgt

von Uwe Jessen mit 43,8 % in der Kommune Hadersleben. In den Kommunen Apenrade und Tondern erreichten die Spitzenkandidaten zusammen 65 % der Gesamtstimmen. Damit sind die Erwartungen in die Spitzenkandidaten erfüllt worden.

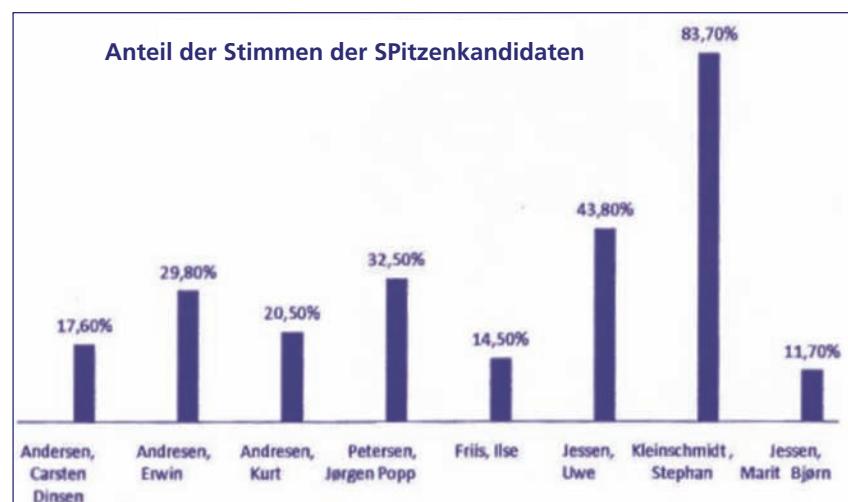
Sehr erfreulich ist auch die Tatsache, dass unter den Top 10 der SP mit den meisten persönlichen Stimmen zwei junge Kandidatinnen vertreten sind, nämlich Marit Jessen auf Platz 8 und Jonas Jensen Westergaard auf Platz 10. Damit haben die jungen Spitzen das 2. Mandat in ihren jeweiligen Kommunen abgesichert. Auf allen Kandidatenlisten waren Kandidaten der jungen Spitzenspitzen aufgestellt und erzielten insgesamt ein sehr gutes Ergebnis. Da es in



SP – Das Wahlergebnis 2009 war Spitzenklasse!

Dänemark möglich ist, bei der Kommunalwahl Wahlbündnisse zu schließen, hatte die SP ihren Kommunalvorständen empfohlen, diese Möglichkeit zu nutzen und sich mit den kleinen Parteien der Mitte zu verbünden. In drei der vier Kommunen in Nordschleswig hatte die SP Wahlbündnisse mit den „Kristendemokraterne“ (Christdemokraten) und der „Radikalen Venstre“ (Sozialliberale) geschlossen, während die SP in Apenrade ohne Wahlbündnis antrat. Die Wahlbündnisse sicherten ein „richtiges“ Mandat in der Kommune Hadersleben, wo die SP bisher nur über die 25%-Regel mit einem Mandat ohne Stimmrecht vertreten war. In der Kommune Tondern konnte mit dem Wahl-

bündnis ein zweites Mandat erreicht werden. Durch den erheblichen Stimmengewinn der SP in Sonderburg wäre das Mandat auch ohne Bündnis gesichert gewesen. In Apenrade konnten die zwei Mandate, wenn auch nur knapp, ohne Wahlbündnis erreicht werden. Die SP hat insgesamt sehr gute Erfahrungen mit den Wahlbündnissen. Die Zusammenarbeit mit den kleinen Parteien der Mitte wird in der Regel in der gesamten Wahlperiode weiter verfolgt, u.a. auch während der jährlichen Budgetverhandlungen. Das gute Wahlergebnis der SP und die Wahlbündnisse sicherten der SP insgesamt 6 Mandate und die politische Vertretung in allen vier Kommunen in Nordschleswig.



••• **Fazit:**  
Alle Wahlziele konnten umgesetzt werden.

Damit war auch der erste Schritt getan, um der SP insgesamt mehr politischen Einfluss zu sichern. Welchen konkreten Einfluss man hat, wird aber erst in den Konstituierungsverhandlungen vereinbart, wo auch die Wahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin abgesichert wird und die Posten in den kommunalen Ausschüssen verteilt werden. Die Konstituierungsverhandlungen laufen schon in der Wahlnacht, und deshalb dürfen die neu gewählten Mandatsträger nicht zu früh schlafen gehen!

Das Ergebnis dieser Verhandlungen: die SP gehört in allen vier Kommunen der Mehrheit an, die den Bürgermeister wählen. Das sind jeweils zwei Frauen und zwei Männer. Parteipolitisch verteilen sie sich auf zwei bürgerliche BürgermeisterInnen in den Kommunen Sonderburg und Tondern und zwei sozialdemokratische BürgermeisterInnen in Apenrade und Hadersleben. Die SP versucht in den Konstituierungsverhandlungen und auch in der täglichen politischen Arbeit, eine breite Zusammenarbeit

möglichst vieler Parteien zu erreichen, um eine kontinuierliche Entwicklung in den Kommunen zu sichern. Aufgrund der politischen Konstellationen ist dies jedoch nicht immer erreichbar. Mit den Verhandlungsergebnissen in den vier Kommunen kann die SP sehr zufrieden sein, denn in vier der drei Kommunen hat die SP Vorsitzendeposten in wichtigen kommunalen Ausschüssen erhalten und wichtige Ausschüsse besetzen können. Die SP hat damit gute Möglichkeiten, die Politik in den Kommunen zu gestalten. Wir werden dies nutzen, um eine Politik zum Wohle der Minderheit, aber auch zum Wohle aller Bürger zu machen. Die SP war und bleibt in der Kommunalpolitik in Nordschleswig ein verlässlicher Partner und ein Garant der breiten Zusammenarbeit. Die Verteilung der Ausschussposten kann der nachfolgenden Übersicht entnommen werden.

••• **Fazit:**  
Der politische Einfluss der SP konnte gestärkt werden.

**Es stellt sich die Frage, ob dies der Durchbruch für die SP als Regionalpartei war?**



SP – Das Wahlergebnis 2009 war Spitzenklasse!

Der Wahlkampf der SP war ganz sicher regionaler, mehr „sonderjysk“ ausgerichtet als früher. Die SP hatte im Internet einige Seiten mit „synnejysk“, es gab einen „syn-nejysk-Rap“ mit dem Titel „Det Vos“, und der Wahlkampf-Hit in Nordschleswig schlechthin war das Rezeptheft mit „Spezialitäten aus Nordschleswig“. Die politischen Botschaften wurden stärker als früher an den Zielgruppen orientiert, u.a. mit ganzseitigen Profilannoncen in den Tageszeitungen und Anzeigenblättern. Inhaltlich hatte die SP als einzige Partei „Nordschleswig“ profiliert und eine bessere Zusammenarbeit der vier nord-schleswigschen Kommunen gefordert. Aber haben diese Maßnahmen auch die Akzeptanz der SP in der Gesamtbevölkerung in Nordschleswig erhöht? Die Meinungen gehen auseinander, aber der Vorsitzende der Schleswigschen Partei, Gerhard Mammen, ist sich sicher: „Wir haben den Durchbruch als Regionalpartei geschafft.“ Er verweist auf viele positive Rückmeldungen im Wahlkampf und das gute Presseecho in den dänischen Medien. Dafür spricht auch die Tatsache, dass die Wahlzahlen in allen vier Kommunen höher sind als die Mitgliedzahlen des Bundes Deutscher Nordschleswiger.

Auch die ungewöhnlich guten Wahlergebnisse sowohl in Sonderburg wie in Hadersleben sind nicht nur aufgrund der Spitzenkandidaten, sondern auch aufgrund des regionalen Profils der SP zustande gekommen. Der SP-Vorsitzende ist sich sicher:

**••• Fazit:**  
*Es war der Durchbruch  
als Regionalpartei!*

Die SP wird in Zukunft versuchen, ihre pragmatische Politik für Nordschleswig auch den jungen Wählern in Nordschleswig deutlich zu machen. Im Rahmen der Wahlkampagne hat die SP schon eine ganze Reihe von neuen Maßnahmen genutzt, um diese Wählergruppe gezielt anzusprechen.



## Speeddating der jungen Spiten

Das war erfolgreich, denn der SP-Rap wurde zum besten Wahlkampf-Hit bei Danmarks Radio (P3/DR) gewählt, und auch der SP-Videoclip machte landesweit Schlagzeilen. Wir werden weiter versuchen, gerade diese Zielgruppe anzusprechen, denn wir wissen, dass viele Jugendliche nicht zur Wahl gegangen sind. Unsere Politik soll sich auch inhaltlich mehr mit den Fragen und Themen der Jugendlichen befassen. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit und attraktivere Rahmenbedingungen für die Jugend in Nordschleswig sollen zentrale Themen der kommenden vier Jahre sein. Das sind auch wichtige Voraussetzungen für eine positive regionale Entwicklung in den kommenden Jahren.

Wir wollen das „kulturelle“ Image von Nordschleswig verbessern. Da nehmen wir auch gerne den Wettbewerb mit anderen größeren Städten wie z. B. Aarhus auf. Unser Kulturausschussvorsitzender in der Kommune Sonderburg, Stephan Kleinschmidt, will Sonderburg und die ganze Region Sonderjylland-Schleswig zur Europäischen Kulturhauptstadt 2017 machen.



**Ziel: Wir wollen eine moderne Minderheiten- und Regionalpartei sein!**

In der kommenden Wahlperiode gibt es angesichts der Folgen der Kommunalreform und der Finanzkrise sehr viele Probleme, die unsere besondere Aufmerksamkeit als Minderheiten- und Regionalpartei erfordern. Im Bereich der Minderheitenpolitik werden wir uns zunächst auf die Absicherung unserer Kindertagesstätten konzentrieren. Unsere kleinen Institutionen



SP – Das Wahlergebnis 2009 war Spitzenklasse!



Erwin Andresen  
Vorsitzender Ausschuss für Technik  
und Umwelt Ökonomieausschuss



Kurt Andresen  
Ausschuss für Kindertagesstätten  
und Unterricht Kultur-  
und Freizeitausschuss



Carsten Dinsen Andersen  
Vorsitzender  
Arbeitsmarktausschuss



Jörn Popp Petersen  
Ausschuss für  
Technik und Umwelt



Uwe Jessen  
Kultur- und Freizeitausschuss



Stephan Kleinschmidt  
Vorsitzender Ausschuss  
für Kultur und Wirtschaft

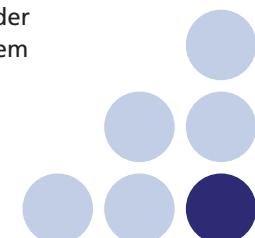
wollen wir gerade in Zeiten der Harmonisierung nach der Kommunalreform und zunehmender Zentralisierung sichern. Außerdem werden wir unser besonderes Augenmerk auf die Umsetzung der Sprachencharta richten, damit deutsch als Minderheiten- und Regionalsprache in Nordschleswig anerkannt wird. Die Politik für Nordschleswig muss auf einer Konsolidierung der kommunalen Haushalte aufbauen. Nur wenn wir selber die Haushalte bestimmen, können wir die Weichen für eine positive kommunale Entwicklung stellen. Dabei spielt die Zusammenarbeit der vier Kommunen

in Nordschleswig eine besondere Rolle. Effektivierungen können am besten durch Zusammenarbeit gesichert werden. Das gilt nicht nur für den technischen Bereich, sondern vor allem für die Einrichtungen der Sonderfürsorge für Behinderte und Ältere, aber auch für den ganzen Bereich der Wirtschaftsförderung und des öffentlichen Nahverkehrs.

Die Schleswigsche Partei versteht sich als die unabhängige Minderheiten- und Regionalpartei in Nordschleswig. Wir sind ideologisch nicht gebunden und können uns mit unserer pragmatischen

Politik ganz auf die Interessen Nordschleswigs konzentrieren. Wir versuchen dies in der Kommunalpolitik umzusetzen, immer mit Rücksicht auf die Gesamtinteressen. So gestalten wir Politik selber mit, wie es Dr. Detlev Rein, Ministerialrat im Deutschen Innenministerium, beim Deutschen Tag 2009, so treffend formulierte. Dies tun wir im Wettbewerb mit allen anderen Parteien – bei der Kommunalwahl 2009 mit einem guten Erfolg!

*Der Nordschleswiger,  
12. und 19. Dezember 2009*



Gösta Toft  
Sekretär der  
Schleswigschen  
Partei



## SOUTH SCHLESWIG VOTERS' ASSOCIATION YOUTH (SSW-U):

**Representing the  
political positions  
of young people  
within the minority**

The past year has been an interesting one for SSW Youth, which represents the political views of young people within the minority. The SSW-U has regrouped, and over the last couple of months it has grown to approximately 150 members.

The SSW-U has participated in panel debates, worked with the press, organised a field trip with "Junge SPitzen" who represent the youth in the German minority's political party in Denmark and participated in a wealth of other interesting events.

This year, the culmination for the SSW Youth was the election campaign that we ran together with the SSW. Especially because of the excellent election result, this

is a time that all of SSW Youth are happy to remember.

As SSW Youth, it is our task to get young people excited about politics and to motivate them to be involved. It is our job to awaken an interest in the SSW, and our most important mission is to serve as a political mouthpiece for young people within the minority, also when facing other organisations and the government. The SSW Youth has existed for a long time, and over the years we have had various levels of activity. The greatest danger for the SSW-U is in the fact that the work is carried out by a small group of passionate people, who after finishing school

in Flensburg move to Denmark or no longer have time be politically involved.

For this reason, we constantly seek to get new people on board to carry the political youth work forward in the coming years. We look forward to the future, and we especially look forward to working with a lot of committed young people.

By the Committee



*Youth*





**Anke Spoorendonk**  
Chairman of what is now a true state parliamentary group (faction).



**Lars Harms**  
is now SSW parliamentary Business Manager.



**Silke Hinrichsen**  
once again in the state parliament, now as Vice-chairman of the group.



**Flemming Meyer**  
newly elected member of the state parliament.



## SOUTH SCHLESWIG VOTERS' ASSOCIATION – THE STATE PARLIAMENTARY GROUP:

### A successful election for the SSW

The state parliamentary election on 27 September was a successful election for the SSW: the State Parliamentary Group doubled in size from two to four members. In addition to yours truly and Lars Harms, the party for the Danish minority and the national Frisians welcomed Silke Hinrichsen and Flemming Meyer on board. This means that there are now more of us to share the political work at state level. The SSW obtained 69,438 votes, the best result in living memory.

#### A SURPRISING STEP, GIVEN THE SITUATION

On 15 July, Prime Minister Peter Harry Carstensen told the people of Schleswig-Holstein that the CDU (Christian Democratic Union) was terminating its coalition government work with the SPD (Social Democratic Party of Germany), and that he intended to call the state parliamentary elections on 27 September – in other words, the same day as elections for the federal parliament. Given

the situation, this came as a surprise; that same day in the state parliament, the coalition had adopted an additional bill for 2009/2010, which in addition to changes to the budget contained a series of purpose statements on savings.

Over the last two years, it had however become increasingly clear that the coalition was running out of steam. For this reason, at its party conference in 2007, the SSW had already passed a resolution that the government should resign and pave the way for a new election. In the summer of 2007, we could see that the chemistry between Peter Harry Carstensen and SPD's president, Ralf Stegner, was not a good match. The coalition crisis of 2007 resulted in a political shake-up, in which the SPD Group Chairman, Lothar Hay, was appointed Minister of Interior Affairs and Ralf Stegner became SPD Group Chairman. This solution established peace in the government. However, in the end Stegner's strategy to



profile the SPD at the expense of the coalition – playing opposition and government at the same time – did not work. Stegner's rhetoric in fact gave the CDU hard-liners ample munition during the state parliament meeting in July, resulting in the election in Schleswig-Holstein on 27 September.

## WORST GOVERNMENT EVER

Following the state parliamentary elections in 2005, the SSW was only too familiar with the argument that a coalition was needed because only a strong majority government would be capable of solving the state's problems. Yet the government coalition between the CDU and the SPD has spent so much time on internal disagreements that it has rightly been called the worst government since the establishment of the state in 1947.

In other words, the coalition fell apart because in the end it was unable to reach agreements on even the most trivial of issues. Consequently, the decision by the government in the autumn of 2008 to shelve all plans for municipal and administrative structural reform acquired an almost symbolic status. While the

SPD supported a consolidation of counties to create larger administrative units, the CDU would only agree to voluntary consolidations.

In the end, nothing changed. Viewed through the SSW's eyes, it did not matter that much; in our opinion, a half-hearted administrative structural reform would lead to the municipalities blocking all forms of new thinking in the future, and that would be a poor basis for future decisions.

For the SSW it is not Schleswig-Holstein's counties that are too small, but its municipalities. Hence, we remain firm in our objective that Schleswig-Holstein needs a genuine municipal reform, not temporary fixes.

## THE FINANCIAL CRISIS

The government's internal communication problems became noticeable last autumn when the financial crisis hit Schleswig-Holstein – not out of the blue, but nonetheless in such a way that the state government's inability to act became obvious to everyone. It is quite possible that a different government majority would have had experienced problems tackling the HSH Nordbank crisis. However, it is a fact that the brakes were



Schleswig-Holsteinischer Landtag, Kiel

not applied to the bank's internal investment businesses in time, and that the Prime Minister has been virtually invisible on this issue.

The seriousness of the situation is illustrated by the fact that in May of this year, the SSW, together with the FDP (Free Democratic Party) and the Green Party took the initiative to form a parliamentary investigative committee, which among other things must determine whether or not the state government has fulfilled its responsibility in the bank's supervi-

sory committee. The fact that the banking crisis is far from over is apparent, if not from other things, then from the fact that all parties in the state parliament are agreed that the investigative committee should resume its work following the state parliamentary elections. Lars Harms is the SSW's representative in the committee. As a side remark, we would mention that the work is time-consuming and tough.





## MINORITY POLITICAL PERSPECTIVE

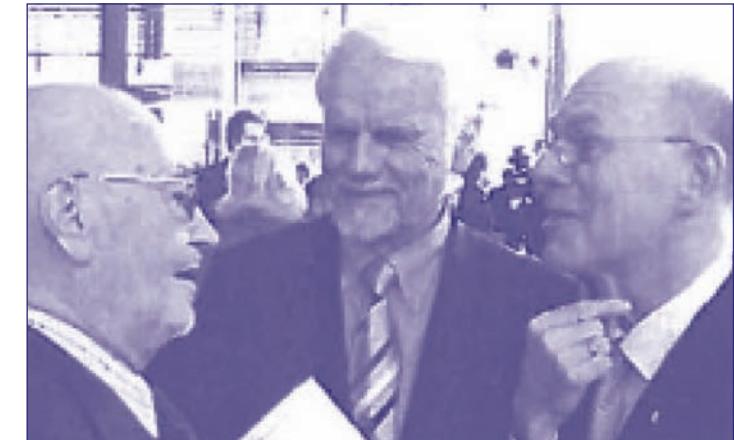
From a minority political perspective, last year also saw some bright spots. This confirms to those of us in the SSW's state parliamentary group that, in opposition too, our political line can exert some influence on the decisions of the majority.

During the negotiations for the 2009-2010 budget, it became clear that the coalition was willing to deal with the issue of transport for students in Danish schools. In connection with the passing of the new Schleswig-Holstein Education Act in January 2007, the SSW had already proposed an amendment containing a requirement that the provision of student transport to Danish schools – in the same way as applies to state-funded schools – should be a legal requirement for the government in Schleswig-Holstein.

Going into the details of this case would lead us too far off course in the current context. Suffice it to say that there is no doubt that the SSW's proposal and our negotiations with the SPD and the Green Party following the state parliament elections in 2005 forced the SPD – and, indirectly, the CDU as well – to negotiate.



W.L. Christiansen (centre), one of the SSW's the 60th anniversary of the Constitution parliament CDU representative for the Börnsen (centre) and the President of the



grand old men, helped represent the minority and the SSW when the federal parliament celebrated and the Federal Republic – here shown together with President Horst Köhler (left) and federal Flensburg area, Wolfgang Börnsen (right). The other photo shows Christiansen (left) together with Bundestag, Norbert Lammert (right). (Photos: Karsten Sørensen).

Another cross-border issue: in partnership with the South Schleswig Adult Education Association and the Flensburg Town Women's Centre, the information office of the Nordic Council of Ministers in South Jutland/South Schleswig and SSW's state association extended an invitation to an evening of cross-border debate on the topic "Cross-border women trafficking". The event was held in April at the Danish Central Library in Flensburg. Since the fall of the Iron Curtain twenty years ago, forced prostitution and trafficking of women have been on the rise in Western Europe. Unfortunately, this also takes place in the Danish-German border region. Together with the presenters, the information office and the SSW discussed the current situation with regard to trafficking and forced prostitution in the

Nordic countries and Northern Germany, as well as what the governments are and should be doing to help the victims and stop the masterminds. The panel consisted of the following participants: Carita Peltonen, the Nordic Council of Ministers' Senior Advisor for equal opportunity, legislation, and culture; Claudia Franke, Head of CONTRA , the Foundation against women trafficking in Schleswig-Holstein; Vibeke N. Nielsen, Project Manager for Pro Vest in Fredericia, a confidential counselling and health service for foreign women who have experienced prostitution; and Anke Spoerendonk, the SSW Group Chairman in the state parliament.

[Title of poster:] Cross-border Women Trafficking. Trafficking and forced prostitution in the Danish-German border region.





The proposed compromise means that up to and including 2010, the Danish School Association for South Schleswig is guaranteed the same transport subsidy per pupil that is offered to pupils at state-funded schools.

Since the counties are responsible for pupil transport, the political compromise consists of a maximum subsidy from the state during the current budget period to the affected counties (North Frisia, Schleswig-Flensburg, and Rendsburg-Egernførde) of 550,000 euro to finance equal transport opportunities between the minority and the majority.

In other words, we have yet to define pupil transport to Danish schools in South Schleswig as a legally required task. However, we have managed to stop the development that was threatening to place the School Association at a disadvantage: the attempt by the counties to pursue cost savings at the expense of Danish school children. At the same time, this means that the issue will remain on the daily agenda of the SSW during the new election period.

The budgetary negotiations also resulted in the Association of South Schleswig receiving a 30,000 euro increase in subsidies,

earmarked for the Danevirke Museum, in an adjustment to salary subsidies for the North Frisian Institute, and once again resulted in the SSW managing to keep the Cooperative Farming Association afloat.

## LANGUAGE POLICY

Generally speaking, minority and regional politics also played a central role in the political work of the state parliamentary group last year. In this regard, in the spring of 2009, the SSW formulated a discussion paper on a language policy promoting more of the Danish language in the public sector. The proposal was discussed at the SSW's regular party conference in the autumn, where it was clear that the content is not a bible to be implemented from A to Z all at once.

If we are to strengthen Danish as a minority language, it can only happen in cooperation with the majority population. This is why SSW's language policy deals with the particular linguistic and cultural competencies of the minority – which is in fact what the competencies analysis, which has been discussed in many other contexts, is all about.

As a precaution, however, let me point out that the aforementioned analysis was conducted at the behest of the President of the state parliament, Martin Kayenburg on behalf of the parliament, so to speak. However, the problem is that the analysis is still regarded, by too many people, as a minority project and not something to be agreed between majority and minority. If the SSW's language policy is able to contribute to a change in attitude, we have come a long way.

## CROSS-BORDER PARTNERSHIP

To the SSW, the cross-border partnership between Denmark and Schleswig-Holstein remains of strategic importance for the development of our region. On that basis, in December of 2008 the state parliament group crafted a petition for the state government to take the initiative to establish a Danish-German infrastructure commission.

In so doing, we picked up on an issue raised by both the regional assembly for the Southern Jutland/Schleswig Region and a Danish-German traffic conference in Flensburg. In particular, this proposal must be viewed within the context that, according to all the expert





opinions, a future bridge across the Fehmarn Belt will not capture the increasing traffic travelling down the so-called Jutland route.

In addition to this is the fact that the Danish government has just finished work in the Infrastructure Commission, and the German „Bundesverkehrswegeplan“ (Federal Transport Infrastructure Plan) is scheduled to be implemented in 2015. Thus, from SSW's point of view, our petition was about showing "due diligence".

However, the region's arguments did not weigh heavily enough. This was why the SSW was able to obtain a majority vote in the state parliament only in favour of the state government being open, as it had been thus far, to discussions with the Danish authorities when if and when desired. To be honest, I ought to add that the Danish Minister of Transport apparently did not have any overwhelming interest, either, in formalising this collaboration. However, if nothing else, this example shows how important it is that we stand together in our region in safeguarding our common – cross-border – interests.

## PROACTIVE

Last year the work of the state parliamentary group was proactive as well as reactive as of course, we need to respond to the political moves of others.

Still, the core of our work is to create equal opportunities for the Danish and Frisian minorities so everyone – majority as well as minority – can live freely in their homeland. Finally, I wish to extend a warm 'thank you' to everyone in the SSW for the great work they have done – to colleagues in the state parliamentary group and to the state secretariat, as well as to our minority organisations and to the Council.



Anke Spoerendronk  
Political Group  
Chairman SSW





## SOUTH SCHLESWIG VOTERS' ASSOCIATION – STATE ASSOCIATION

**Successful election: 69,438 votes  
and four state parliament seats**

The SSW had a fantastic election result at the parliamentary elections for the state on 27 September: the SSW entered the state parliament (Landtag) with four members based on 69,438 'second' (party) votes. This is an increase of 0.7% and 17,518 votes compared to 2005.

During the count, it emerged that the SSW in Holstein did not enjoy the same success as in South Schleswig: compared to 2005 they "only" held the fort. 4.3% is the best election result since 1950, and for the first time since 1950 we have four state parliament seats and have thus formally achieved the status of a 'Fraktion' (parliamentary group) in the Landtag.

In our traditional constituencies in South Schleswig, Pinneberg/ Helgoland and Kiel North, the SSW received 44,390 personal (candidate) votes and 46,025 second (proportional representation) votes, making it emphatically

the third-largest political power in the region after the CDU and the SPD.

### THANK YOU

On behalf of the SSW, I want to thank the entire minority community for their enormous help and support during the election campaign. Without this solidarity, it would not have been possible for the SSW to achieve such an outstanding result. I especially thank the South Schleswig Association and the School Association, both of which actively encouraged their members to vote SSW. In addition, I also wish to thank the many activists within the party, who over the last six weeks since our special party conference have been working hard for the SSW, taking to the streets to hand out brochures, flowers, SSW toys, etc., putting up posters or supporting SSW's state parliamentary candidates during panel discussions. Without these active SSW members, it would not have been



possible for the party to lead such a committed election campaign.

We also extend our thanks to Harald Clausen and Lyksborgsgade After-School Centre in Flensburg, who made their bus available for the election campaign.

Last but not least, we also thank the many voters who trusted in the SSW and voted for us. Over the next five years, we will do everything possible to prove ourselves worthy of their trust.

### IN HINDSIGHT

In hindsight, for the SSW the 2008-2009 work year was in particular marked by the breakdown of the coalition in Kiel in July 2009, resulting in a call for state parliamentary elections along with the federal parliamentary elections, which were held on Sunday, 27 September 2009. This is also the reason why SSW's general party conference was moved from September to the end of October.

The SSW group after 27 September:  
Left to right: Lars Harms  
Executive Parliamentary Director  
Silke Hinrichsen, Vice Group Chairman  
Anke Spoerendronk, Group Chairman  
and first-time state parliament Member,  
Flemming Meyer (Photo: Lars Salomonsen)

Until the call for the state parliamentary election, 2008-2009 was a normal work year for the SSW during which the state committee focused on improving the party's organisation by adopting an "Action plan for Local Politics 2008-2013".

At the special party conference on 7 March 2009, an overwhelming majority of SSW delegates rejected participation by the party in the federal parliamentary elections. This decision was made without anyone knowing how the political development in Schleswig-Holstein would unfold. Furthermore, the SSW was involved in a campaign against the planned CO2 storage facility at the South Schleswig Geest, and made a proposal for a new, pro-active language policy for the Danish language in Schleswig-Holstein.



SOUTH SCHLESWIG VOTERS' ASSOCIATION – STATE ASSOCIATION  
Successful election: 69,438 votes and four state parliament seats

## THE 2009 STATE PARLIAMENTARY ELECTIONS

Even though the coalition in Kiel has had several crises and disputes between the SPD and the CDU, it still came as a surprise when in July 2009 the government broke down and Prime Minister Peter Harry Carstensen called for state parliamentary elections on 27 September 2009 at the same time as the federal parliament elections. In the state parliament, the CDU's government partner, the SPD, had in fact supported a supplementary budget for the 2010 Financial Act when Peter Harry Carstensen used some statements by Party and Group Chairman Ralf Stegner to terminate the collaboration.

It soon became apparent that by holding the elections on 27 September, the CDU was aiming for an election victory under the momentum of the federal parliamentary elections the same day. The SSW has already been demanding new elections in Schleswig-Holstein for more than two years, at the state parliament as well as at party rallies. In our opinion, the coalition was the worst government in Schleswig-Holstein since 1947. During its four years of existence, the CDU and the SPD had constant public disputes and

were able to agree on very few things. None of the government's goals were met, and the end result of the four years under the coalition is that the state is facing a catastrophic rise in unemployment and a lack of reforms in many areas.

## THE ELECTION CAMPAIGN

For this reason, the SSW welcomed the elections and immediately began its election campaign. SSW's state committee was prepared when, as early as March of 2009 during a closed meeting on the state parliamentary elections, we established a Plan B to put into action should the government be unable to last until May of 2010, when the regular state parliamentary elections were scheduled. As early as May and June of 2009, SSW's counties had already appointed their election circuit candidates for the state parliamentary elections. Thus, when the elections were called, the SSW was ready with all its candidates.

On 15 August, the SSW held a special party conference in Tarp to determine our state list and election programme. Despite the summer holidays, attendance was good with 150 people coming to



During the election campaign there was time for media 'interviews', such as the one by the SSW here in Kiel where Anke Spoerendunk spoke her mind to three 'chancellors' gathered near one of the SSF's parasols. Hidden behind the masks were three SSWs: Antje Danker (Angela Merkel), Gerd Voss (Helmut Kohl), and Gerhard Jessen (Gerhard Schröder). (Photo: Carsten Rehder, dpa).

support our SSW candidates. The state Parliamentary Group Chairman, Anke Spoerendunk, was selected as the top candidate for SSW's state list for the fourth time with Lars Harms and Silke Hinrichsen as numbers two and three.

## ECONOMY

The state committee, candidates, and colleagues either took no holidays at all or cut their holidays short to start the election campaign. The entire election campaign was discussed and determined at several meetings of SSW's electoral committee. Compared to the other parties in the state parliament, the SSW has a modest election budget which has to pay

for advertisements, posters, profile-creating articles, booths, election spots, web pages, events, etc.

But the state parliamentary elections on 27 September posed a special challenge for the party. The SSW usually saves funds during non-election years. Since the state parliamentary elections were announced a year earlier than planned, SSW's state association was short of approximately 60,000 euro for its election campaign. However, we compensated for the lack of resources with a pronounced competitive spirit and sustained efforts throughout the election campaign.



The SSW has a well established training programme for its members. This photo is from a seminar on local politics with SSW's Secretary of local politics, Gerhard Jessen, at Christianslyst. (Photo: Povl Klavsen).

## SUPPORT

On 29 August the SSW held its start-of-election event with a family party inside and outside the "Phanomena" in Flensburg. Despite the bad weather, nearly 140 people showed up to celebrate together with the SSW candidates.

Both events enjoyed media coverage, and the latest opinion polls showed the SSW at a stable 4%. It was the goal of the SSW to obtain at least three seats in the state parliament and thereby strengthen the state parliamentary group. The third seat was within reach, and a fourth seat was not totally impossible, either.

For this reason, the SSW began the election campaign with opti-

mism and a healthy degree of self-confidence. Despite the unfortunate convergence of the state and the federal parliamentary elections, the SSW leadership believed in a good election on 27 September. The party received the support of all the South Schleswig organisations. Both the SSF and the School Association had agreed to issue support statements to their members. Indeed, the unity amongst the Danish minority was a significant factor for the SSW in achieving success similar to that of the 2008 local elections.

Sunday evening of 27 September turned out to be an exciting election night. As the votes for the federal parliamentary elections were counted first, SSW's candidates, members, and voters had to wait until midnight until the final results of the state parliamentary elections became known.

Whilst the voters had over the past four years given positive feedback on the particularly good work of the party and especially of the state parliamentary group in Kiel, at no point did I doubt that we would celebrate a great election result on the evening of 27 September.

## ACTION PLAN FOR MUNICIPAL POLITICS

The elections in May of 2008, which were positive for the SSW, led to many new municipal seats around South Schleswig. SSW's state committee considered it an important obligation that SSW's local politicians and the respective SSW organisation receive optimal service from the regional association, taking into account the party's resources. The state committee felt that in particular, the profile of its training and communication work, as well as internal knowledge sharing, should be raised. For this reason, in the autumn of 2008 the state committee crafted a definite "Action plan for Local Politics" for the development of the party's municipal work over the next five years. SSW's Action Plan for Local Politics 2008-2013 was adopted at a general committee meeting in December 2008. It includes the following elements:

## TRAINING AND CONTINUING DEVELOPMENT

The party's training and continuing development for local SSW politicians needs to be systematised and implemented using long-term planning. Course offerings must consider the fact that the municipi-

palities are at different levels in terms of legal tasks and competencies.

SSW's courses are a supplement to the public courses. An effort is being made to offer at least four local political training events per year. Every year an SSW course and service pamphlet is published and sent to all local politicians, counties, and districts in an effort to make the party's offerings and services visible. In the course pamphlet, reference is made to internet training resources. The training in the course pamphlet is evaluated annually.

## MEMBER AND PARTY MEMBERSHIP SEMINARS

In the future, the party will partner with counties and districts in organising welcome events for new SSW members, providing them with a comfortable way to obtain information about the work of the party and tell the SSW about their expectations.

In addition, membership and recruiting seminars will be offered in future on how work is handled on an SSW committee.



## NETWORKS

In the future, networking among SSW's local politicians will become an important part of the party's strategy for developing SSW's politics and ensuring a better exchange of information at the local level. It is important to constantly keep SSW's local politicians informed of what is going on in other municipalities and at the state level so that everyone can be inspired and learn from one another in their daily work. However, the party can only create the framework; the local politicians will have to fill that framework themselves.

## WORK GROUPS – CIRCUITS AND COMMITTEES

To improve the coordination of SSW's policies, work circuits, work groups, and committees are established. The following measures are currently being implemented:

- The work group "Cross-border partnership"
- Committee of group chairmen in the circuit-free cities and district assemblies.
- The work circuit "Social policy in the municipalities"

In addition, state committees, work groups, and work circuits will be established on an ongoing basis if deemed necessary in connection with the development of the party's politics at local level. The state committee recommends that the party's counties likewise form committees, work groups, or work circuits to the extent deemed necessary.

## EXCHANGE OF INFORMATION

Many local politicians have indicated that they would like to see that the regional association for exchange of information publish an electronic newsletter to local SSW politicians and other interested parties. The association has formed a work group, which will develop a concept for an electronic newsletter with the aim of publishing it several times a year with relevant local political topics. Because of the state parliamentary election, the electronic newsletter will not be published until the beginning of 2010.

## DEVELOPMENT OF THE ORGANISATION

In order to improve organisation and strengthen the political work at local level, SSW's state committee recommends that SSW's counties and districts consider



In October 2008 the SSW embarked on the traditional study trip to the world of politics in Berlin. With SSW's committee member Silke Hinrichsen as tour guide, SSW's secretary of local politics, Gerhard Jessen, as organiser, and local tour guide 'Hans' in the lead, the approximately 50 participants -- including several local politicians -- were treated to a comprehensive programme. The Cold War and the Berlin wall were the central topic. Among other places, the SSWs visited the former Stasi prison in Potsdam and were guided through historical sites along the wall that once separated East and West Berlin. The group visited the Ministry of Transport, where they asked some critical questions on the Fehmarn Belt Bridge, the lack of transport investment in South Schleswig, and other issues. According to tradition, the programme also included a visit to the Danish embassy and Schleswig-Holstein's Landesvertretung (permanent representation of the Land). On the last day the group visited the Ministry of the Interior where the department head, Dr. Rein, spoke on the subject of national minorities in Germany and Europe. On this occasion, too, the SSWs had questions about pupil transport and other issues affecting the Danish minority in South Schleswig. Needless to say, socialising and conversations were also a feature, making this Berlin trip yet another success. However, since there was some prior criticism as well as some unclear issues and misunderstandings regarding participation in the trip, SSW's committee has tightened the rules for future Berlin trips. (Photo: SSW).

the municipal boundaries in the circuits, counties, and municipalities in their local work. However, it should be noted that the districts and counties are of course responsible for deciding whether they are going to amalgamate or collaborate in other ways.

SSW's state committee recommended that SSW Gottorp County and SSW Flensburg County amalgamate to strengthen the work of the district assembly group and to

provide the district assembly group with an organisational fellow player and adversary in everyday work. In May of 2009, the new SSW county Schleswig-Flensburg was founded. SSW's state association supports the new county in its appointment of SSW's municipal secretary, Gerhard Jessen, as the SSW Secretary for the new county council for SSW Schleswig-Flensburg.



SOUTH SCHLESWIG VOTERS' ASSOCIATION – STATE ASSOCIATION  
Successful election: 69,438 votes and four state parliament seats

## PARTICIPATION IN THE FEDERAL PARLIAMENTARY ELECTIONS

At a closed meeting in November 2008, SSW's committee discussed how to approach a possible participation by the party in the federal parliamentary election. The committee reached the agreement that a wide debate would have to be held on this matter. In addition to SSW members, other South Schleswig organisations were also consulted. It was the impression of the state committee that the SSW would only be able to conduct a federal parliamentary election campaign if there was significant support from the Danish minority.

## CONDITIONS

The basis for the debate over the party's participation was the analysis "Considerations and preconditions for SSW's participation in the federal parliamentary election" by SSW's Secretary, Martin Lorenzen. In the analysis he presented six prerequisites for SSW's participation in the federal parliamentary elections. In January 2009 the analysis was sent out to all county and district chairmen and to all local politicians, asking them to discuss this important topic with the party base. SSW's committee also consulted the South Schleswig

Council. Thus, all members of the Danish minority had the opportunity to get involved in the debate.

While most people believe that the legal, technical and organisational conditions for participation are in place, there was significant disagreement on finance, the candidacy issue, and the political opportunities in Berlin for a federal parliament seat held by the SSW. The main content of the arguments raised during the debate is outlined below.

### FINANCES

In its budget, the SSW has not allocated a single euro to a federal parliamentary election campaign. If the SSW were to nominate candidates for the 2009 federal parliamentary election, we would have to borrow money from banks or other credit institutions. To obtain a favourable result at a federal parliamentary election, the budget would have to be at the level of the state parliamentary elections. The most recent state parliamentary elections cost the SSW approximately 150,000 euro. In other words, this is the amount that the party would have to borrow, plus interest.

However, the SSW would be eligible to receive a per-vote subsidy of 0.70 euro per year (Parteiengesetz (Party Law) §181) if we won more than 1% of the votes in all of Schleswig-Holstein, which is realistic. This means that if we were to refinance our estimated election campaign expenses over four years (approximately 175,000 euro including interest), the SSW would have to win at least 62,500 votes – and preferably more – to break even. Achieving this number of votes at federal parliamentary elections was not entirely impossible under the current political constellations. However, if the number of votes were less than this figure, there would be a relatively high risk of the SSW running up a sizeable deficit.

### THE CANDIDATE ISSUE

The party's top candidate for the federal parliamentary elections would play a key role; during the election campaign and following a possible election, he or she would be in the spotlight of the media and of the minority. A possible federal parliament seat for the SSW should be handled highly professionally in close partnership with the state parliamentary group and the regional association. Hence, SSW's top candidate

should be someone with the necessary political and general experience. For this reason, the analysis recommends that one of SSW's political heavyweights become the top candidate. However, during the debate it quickly became clear that the party's leading personalities at the time were not willing to run for federal parliament.

## POLITICAL POSSIBILITIES

If an SSW federal parliamentary member did not join another faction in the federal parliament, it would not be possible to obtain a seat on a committee or factional status, etc. If that were the case, an SSW federal parliament member would only have the opportunity to participate in a few federal parliamentary debates, with, according to the rules of the federal parliament, only limited speaking time. Furthermore, a member of federal parliament who is of no part of a faction would not be able to present any legal bills or other petitions, either. The member would, however, be able to present proposed amendments to draft bills (though only during the second discussion of a legal bill) and, to a limited degree, address written and oral questions to the government.



Therefore, the opponents of participation in the federal parliamentary elections concluded that an SSW member of the federal parliament would have fewer entitlements than an SSW member of state parliament and, thus fewer political opportunities to achieve any concrete results. On the other hand, proponents of a candidacy for the federal parliamentary elections were convinced that there would be a positive synergy effect if an SSW federal parliament member were able to coordinate his or her politics with the state parliament group on a daily basis, thereby making the party's politics even more visible.

## UNITY AMONG THE MINORITY

The most recent party conferences on the party's candidacy for federal parliamentary elections have shown how divided the SSW was on this question. Although support for participation had grown somewhat in recent years, there were still many among the Danish minority who did not think that it was a good idea for the SSW to run in the federal parliamentary elections.

The reason has a lot to do with the self-perception of the Danish minority and SSW's distinct identity

as a regional and minority party. For many among the minority, participation in the federal parliamentary elections crosses a line; now all of a sudden, the SSW will also have to take positions on "big-league politics", such as the choice of federal chancellor. Though one might rightfully say that the SSW, of course, already takes a position on many federal political issues in the Schleswig-Holstein State Parliament, and that both Anke Spoerendok and Karl Otto Meyer, for instance, have participated in voting for federal presidents, one has to assume that SSW participation in the federal parliamentary elections within the minority will remain controversial. Hence, the analysis concluded that without the clear backing of the entire Danish minority, it would be hard for the SSW to be successful at a federal parliamentary election.

Indeed, the fact that this prerequisite had not been met was reflected in the many county and district-level meetings that the SSW held about participation in the federal parliamentary elections. A clear majority in the party's main committee, in the South Schleswig Council and at SSW's special party conference in March 2009, rejected participation in this year's federal parliamentary elections.

## THE TIME IS NOT RIGHT

So the time is not yet right for such a large step for the party. Nor, when the state parliamentary elections were announced along with the federal parliamentary elections on 27 September 2009, did the state council change its decision. Firstly, there was not enough time and secondly, we had just had a thorough debate on this issue in the spring of 2009. Even though it might have been an advantage in terms of cost and media exposure to participate in the federal parliamentary elections in conjunction with the state parliamentary elections, the decision of the majority was respected.

To a large measure the results of state parliamentary elections will determine whether and when the SSW continues the debate on participation in federal parliamentary elections.

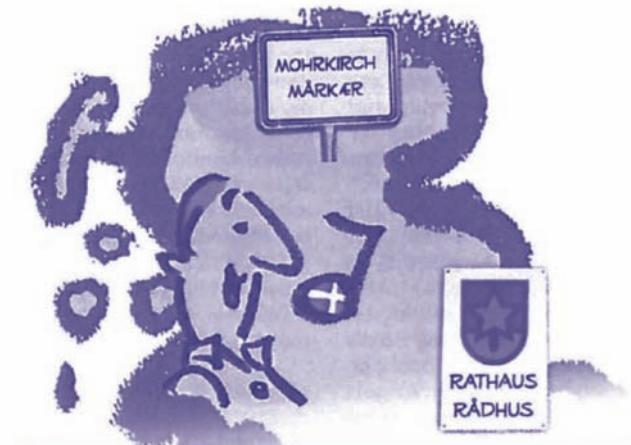
## THE CAMPAIGN AGAINST CO2 STORAGE

In the spring of 2009, when it became known that the RWE energy group had plans to store CO2 in the 'geest' between Skovlund and Læk – the state council decided to initiate a campaign against a CO2 storage facility in our region.

Viewed from an energy and climate policy perspective, the whole basis for the idea of underground storage of CO2 is completely ludicrous, and the associated dangers have not been thoroughly researched at all. SSW's clear political position – intense expansion of sustainable energies and opposition to nuclear energy – implies opposition to these plans, which tie up many investments for the purpose of expanding the useful life of an outdated technology: coal power plants.

The SSW produced badges, stickers, and posters against the CO2 storage facility, which were distributed to our districts throughout the area. The artist, Peter Butikow, made a beautiful logo for SSW's campaign, which was well received by our people. The SSW posters in particular were widely used by the local SSWs and were visible throughout the area. SSW's state parliamentary group was the first to demand a stop to this storage facility in the state parliament, and our SSW people in the region were diligent in participating in different meetings on this issue.

Among the population there is great resistance to a CO2 storage facility, and a citizen initiative was quickly formed with the support



**En aktiv sprogpoltik**  
for det danske i Slesvig-Holsten

*Et debatoplæg til drøftelse i det danske mindretal*

**SSW** 

In March of 2009, the SSW introduced an active language policy. This led to a wide debate among the minority as to whether we should demand greater visibility of the Danish language in everyday life in South Schleswig. The SSW is of the opinion that the time has come to demand, among other things, that authorities provide Danish-language documentation; that museums in the region be bilingual; and that the municipalities foster linguistic diversity. This is normal among other minorities in Europe, and the Frisians on the West Coast have been making such demands for a long time. However, for the Danish minority it would be a whole new step in minority politics.

## An Active Danish Language Policy for Schleswig-Holstein

*A debate presentation for discussion among the Danish minority*

of the SSW. The citizen initiative has obtained more than 60,000 signatures against the plans, and it remains active.

After some wavering in the beginning – especially within the CDU – all other state parliament parties have now declared their opposition to a CO<sub>2</sub> storage facility in Schleswig-Holstein. The SSW is now continuing the opposition along with the citizen initiative; on the federal level, in the SPD and the CDU there are many politicians who are in favour of CO<sub>2</sub> storage as a means of allowing the service life of coal power plants in Germany to be extended. Only if the entire region stands together will we be able to prevent such a storage facility after the federal parliamentary elections. Needless to say, SSW's opposition was a central

part of our core demands for the state parliamentary elections in 2009.

### AN ACTIVE LANGUAGE POLICY

Over recent decades, the minority policies of the Danish population in South Schleswig have concentrated on achieving economic equality. This is only natural since the cultural and social work of the minority cannot be secured without a stable and fair financial basis. Minority politics go beyond that, however. The European Charter for Regional or Minority Languages of 1998 has brought awareness that language is the basis for the minority identity and the most prominent promoter of culture, and that the use of one's own language is equivalent to a human right.



True multilingualism would mean the Danish population sector in South Schleswig demanding that its language be present and usable in everyday life. When considering other minorities in Germany and Europe, however, it is clear that Schleswig-Holstein is far from occupying a lead position in this regard.

For quite some time, the Frisian minority has had a clearly defined language policy position, and it has already taken the first steps towards realising its objectives. By laying down language policy requirements in "**Modell Nordfriesland/Modäl Nordfriislon**", the minority has some self-defined goals that have been taken up by the minorities in "**Aktion Sprachenland Nordfriesland**" ("North Frisia Language Land Action"), and which under SSW's initiatives have become law in Schleswig-Holstein state's "Frisian Law" (**Friesischgesetz/Friisk-Gesats**).

## NON-EXISTING

Similarly, clearly defined language policy demands for the Danish population do not exist. Thus far, the minority has not demanded such a comprehensive language policy. Among other reasons, this may be because the Danish minority, as opposed to the Frisians, has a

"mother country". Hence, it does not depend on itself or state or municipal support to keep the language alive.

Another explanation is that thus far, the Danish minority has abstained from such demands for multilingualism in view of the historically conditioned sensitivity towards this issue in the Danish-German border region. Thus far, similar demands from the German minority in Southern Jutland have been met in part by strong reservations from the Danish population.

## THE TIME HAS COME

However, the SSW believes that the time has now come to fully engage and demand active state support for the advancement of the Danish language. This is not only a result of the mixed results after the first ten years of the European Language Charter, which indicates that there are large gaps in linguistic equality; it is also a completely natural step at a time when progressive globalisation is strengthening awareness of the regional and cultural roots of the individual. For these reasons, it is about time that Schleswig-Holstein actively recognise multilingualism, which is not only cultural, but also

an economic enrichment and that the state should make a focused effort in this area.

Hence, in May of 2009 the SSW took the initiative to discuss proposals for an active Danish language policy in Schleswig-Holstein with the South Schleswig Council as well as with the party base. At several meetings with the Council, and at a general SSW committee meeting in May, there was clear support for the party's lead. Below are the main items of the proposal, which was finally adopted at SSW's regular party conference on 31 October 2009 in Husum.

## STATE LANGUAGE POLICY

An active language policy requires a paradigm shift in the existing view of multilingualism. Whereas the existing Danish-language offerings from the state and the municipalities are predominantly aimed at Danes in Denmark and serve business, tourism, and labour market political purposes – i.e., to make the area more attractive for Danish businesses and tourists, as well as to provide new job opportunities in Denmark for the workforce of Schleswig – the state's multilingualism needs to be expanded in terms of the mino-

rity's political objectives, which also find expression in the Language Charter.

For this reason, the state government and the state parliament need to develop and implement a special explicit language policy for Schleswig-Holstein that declares the equal worth of regional and minority languages. Based on clearly expressed principles, an action plan needs to be developed with specific goals and measures that should take place within a clearly defined time frame. This includes the following significant topics:

- Multilingualism in public sector administration
- Multilingual signage on and inside government buildings
- Recognition of documents in Danish
- Multilingual web pages
- More language courses
- Danish in universities
- Multilingualism in cultural institutions



SSW-Landestreffen (Bild: Martina Metger)

## A MUNICIPAL LANGUAGE POLICY

The municipality is where daily interaction between the majority and the minority takes place; it represents the "public spaces" where the minority becomes visible as a permanent part of everyday life in South Schleswig – where the Danish language is present.

Nonetheless, thus far no municipality has developed an explicit policy for linguistic diversity and minorities. In contrast with the Land, most municipalities do not have the resources to develop their own language policy. However, by having a more conscious relationship with local linguistic and cultural diversity, they can make a worthy contribution to the creation of a language policy at state level. On the municipal level, the elements of a language policy for the Danish language should include the following:

- The language policy needs to be rooted in the constitution of the municipality.
- Minority reports in the municipalities
- Multilingualism in public sector administration
- Multilingual web pages
- Bilingual town signs
- Directional signs to Danish institutions
- Street names in Danish

## DANISH IN THE MEDIA

Despite clear objectives in the European Charter for Regional or Minority Languages, the absence of the Danish language in the media continues to be a problem. It is not sufficient to argue that the Danish minority can make use of a wide spectre of media from Denmark. The minority not only requires news from and about Denmark in Danish; it also expects news stories in Danish on current issues in Schleswig-Holstein. The state must make an active effort to finally overcome this deficiency

in minority politics. The following measures will go some way towards advancing this goal:

- Danish in NDR programming
- A seat among NDR's representatives (**Rundfunkrat**)
- Quality reception of Danish radio and TV programmes
- Support for media projects.



Flemming Meyer  
Party leader SSW



## Vier SPitzen über Gegenwart und Zukunft der Schleswigschen Partei

Das Interview mit den vier SPitzen im Pressehaus des Nordschleswigers:  
**Uwe Jessen,  
Stephan Kleinschmidt,  
Gerhard Mammen,  
Jørgen Popp Petersen**

**Der Nordschleswiger:** Zunächst einmal eine Frage an alle vier: Welche speziellen Gründe gab es für den Wahlerfolg in eurer jeweiligen Kommune, und welche Gründe gibt es nach eurer Ansicht dafür, dass die SP bei dieser Wahl überall in Nordschleswig zugelegt hat?

**Stephan Kleinschmidt:** Ich glaube, der entscheidende Grund dafür, dass wir in Sonderburg nach vorn gegangen sind, ist der, dass wir vier Jahre lang sichtbar gewesen sind. Wir haben vier Jahre aktiv die Politik mitgestaltet, natürlich mit dem besonderen Ausgangspunkt, dass wir Zünglein an der Waage gewesen sind nach der letzten Wahl. Dadurch zogen wir auch eine gesonderte Aufmerksamkeit auf uns, aber nicht nur zum Posi-



tiven, sondern auch zum Negativen. Das heißt, dass wir vom ersten Tag an 120 Prozent geben mussten, dass wir vom ersten Tag an sichtbar sein mussten, dass wir uns vor allem jeden politischen Beschluss zweimal überlegen mussten. Letztendlich glaube ich, dies hat auch dazu beigetragen, dass wir uns sehr auf unsere eigene Politik konzentriert haben und nicht so sehr darauf, was die anderen Parteien gemacht haben. Das ist nach meiner Ansicht einer der entscheidenden Gründe gewesen...

**Der Nordschleswiger:** Zwischenfrage, uns fehlt bei aller Bescheidenheit doch auch ein Hinweis auf den ja nicht ganz unbekannten Spitzenkandidaten der SP in Sonderburg...

**Stephan Kleinschmidt:** Das eine hängt mit dem anderen zusammen. Wenn ich der Mandatsträger bin, dann bin ich auch derjenige, der

letztendlich in den Medien erscheint, letztendlich auch derjenige, der auch die Politik gestalten muss. Also, das hängt sicherlich miteinander zusammen. Was ich für mich selber mitgenommen habe, das ist: Die letzten vier Jahre Politik in Sonderburg oder in der Region Sonderjylland/Schleswig haben vor allem auch Spaß gemacht. Ich finde, es ist eine dankbare Aufgabe gewesen, diesen Fusionsprozess der sieben Kommunen innerhalb der neuen Großgemeinde Sonderburg aktiv mitzugestalten. In der Kultur haben wir bewegen können. Gemeinsam mit anderen, das kann Apenrade sein, das kann Flensburg sein, das können die vier Kommunen sein, was die Kulturabsprache betrifft, das heißt, dass wir vom ersten Tag an die Kultur hoch priorisiert haben. Und da ich nun mal der Vorsitzende gewesen bin, hat das gewisse Sachen natürlich auch etwas einfacher gemacht.

**Der Nordschleswiger:** Und welche Gründe erklären aus deiner Sonderburger Sicht den übergeordneten Erfolg der SP in Nordschleswig?

**Stephan Kleinschmidt:** Ich glaube, das hängt damit zusammen, dass wir uns auch ganz auf Nordschleswig konzentriert haben. Wir waren während des letzten Wahlkampfes

ja nicht überall vertreten. Mit anderen Worten haben wir erst einmal versucht, unsere eigenen Beine zu finden, auf denen wir stehen. Diesmal haben wir die beiden Beine gefunden, wir haben für eine Zusammenarbeit mit den vier Kommunen Nordschleswigs plädiert. Dabei haben wir auch besonders dafür gearbeitet, dass wir die vier Kommunen und Nordschleswig insgesamt weiter entwickeln. Ich glaube gar nicht mal so sehr, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit oder unsere Pendlerfragen, entscheidend gewesen sind. Das muss zwar dazugehören, weil wir eine Partei der deutschen Minderheit sind und grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Entscheidend ist vielmehr gewesen, dass wir bewiesen haben: Wir machen nicht nur Politik für die Minderheit, sondern machen Politik für jeden Bürger in dieser Region. Das ist etwas, was nach meiner Überzeugung überall gut rübergekommen ist.

**Uwe Jessen:** Also spezifisch Hadersleben, das ist ja ähnlich wie in Sonderburg. Man hatte seit Anfang 1980 kein Stadtratsmitglied und letztes Mal klappte es dann mit dem sogenannten 25-Prozent-Mandat. Da haben wir – und da habe ich von Anfang an als Stadt-

Das Interview im Pressehaus des Nordschleswigers mit Uwe Jessen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen, Jørgen Popp Petersen



ratsmitglied gesagt – wir setzen uns jetzt nicht in die Ecke und äußern uns nur, wenn der deutsche Kindergarten erwähnt wird. Sondern wir haben Politik geführt. Wenn uns in einem Leitartikel von *Jydske Vestkysten* bescheinigt wird, eine moderne sozial-liberale Partei der Mitte geworden zu sein, die auch ohne Stimmrecht manches bewegt hat und die viele Haltungen hat, dann zeigt es doch auch, dass wir sichtbar gewesen sind. Und Sichtbarkeit im Wahlkampf ist das andere, erstmal Sichtbarkeit die vier Jahre, aber auch Sichtbarkeit im Wahlkampf. Also wir haben – ich will nicht sagen mit wenig Mitteln - doch keinen teureren Wahlkampf geführt als die anderen. Wir haben durch viele Elemente die Sichtbarkeit demonstriert. Zum Beispiel mit den Mappen »Ta parti for Sonderjylland«. Oder durch diese Roll-offs. Als wir die letztes Mal einführten, dachten wir, nächstes Mal haben das auch die anderen Parteien, aber keine einzige hatte die in Hadersleben. Jedes Mal, wenn eine Wahlveranstaltung stattfand, kamen die Pressefotografen nicht umhin, ein gelbes S auf dem Foto zu haben. Ich glaube, dass wir auch dänische Stimmen bekommen haben. Aber wir haben auch mehr Stimmen aus unseren eigenen Reihen bekommen. Letztes Mal bzw. in der

Wahlperiode von 2005-2009 haben in Hadersleben die Leute doch gesehen: Donnerwetter, es lohnt sich wieder, für die Schleswigsche Partei zu stimmen. 2005 wusste man, dachte man, es wird ja doch nichts vielleicht und dann wollte man lieber mit entscheiden, wer Bürgermeister wird. Ein weiterer Grund war die gute Zusammenarbeit mit der deutschen Schule, dass wir da auch auftreten konnten. Noch einmal zu Hadersleben: ich kann es nicht ganz beurteilen, aber ich glaube es war in den anderen Kommunen ähnlich: Dadurch, dass wir 2005 wieder reinkamen, haben wir einen neuen Elan in unserer Partei erlebt. Wir waren bei den meisten Veranstaltungen, auch in Fußgängerzonen, überall die Partei mit den meisten Leuten – mit den schwarzen Jacken mit dem großen S. Die anderen Parteien waren ganz paff. Da standen mal zwei Sozialdemokraten oder zwei Venstre-Vertreter, aber dann standen da gleichzeitig acht oder zehn Leute von der Schleswigschen Partei.

**Der Nordschleswiger:** ...und was hat aus deiner Sicht dazu beigetragen, dass überall in Nordschleswig ein Plus erreicht wurde?



Hoch über Apenrade: Auf dem Dach des »Nordschleswigers« im Apenrader Pressehaus zeigten die vier SPitzen Courage wie im Wahlkampf. Von links Jørgen Popp Petersen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen und Uwe Jessen. Foto: Karin Riggelsen

**Uwe Jessen:** Der sichtbare Wahlkampf mit den einzelnen Elementen war einfach überall erfolgreich. Vor allem unser Fokusieren auf Nordschleswig hat uns gegenüber den anderen Pluspunkte gebracht. Keiner von denen hatte dieses Konzept, und das Kochrezepteheft mit den nord-schleswigschen Spezialitäten war natürlich genial. Wir gingen damit zum Beispiel einen anderen Weg als der »Rummelpott« jetzt gerade unternimmt. Die sagen ja praktisch: »Synnejorsk, det duer ikke.« Das signalisieren sie auf ihrer Vorderseite. Sie haben das »>E« in ihrem Namen entfernt, aber wir wollen

das »>E« wieder haben. Es heißt eben »æ Rummelpot« und nicht »Rummelpotten«.

**Jørgen Popp Petersen:** Ich kann mich natürlich nur dem anschließen, was bisher über unseren Wahlerefolg gesagt worden ist. Ergänzen möchte ich, dass die Kampagne und der Service von der Apenrader SP-Zentrale aus auch Spitze gewesen sind. Wir hatten in Tondern ein sehr gutes Team und haben sehr gut zusammengearbeitet. Ich finde es besonders beeindruckend, dass Marit Jessen als dritte Kandidatin mehr als hundert persönliche Stimmen bekommen hat. Das ist



Das Interview im Pressehaus des Nordschleswigers mit  
Uwe Jessen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen, Jørgen Popp Petersen

eine gute Linie für die Zukunft. Wir waren auch lokal sehr aktiv. Wir haben mit unheimlich vielen Leuten gesprochen. Natürlich gab es auch ein paar negative Stimmen, aber darum kommt man ja nicht herum. Ich finde, wir haben positive Rückmeldungen beiden Wahlveranstaltungen erhalten. Ich ärgere mich sogar ein bisschen, dass wir nicht mehr lokale Wahlveranstaltungen durchgeführt haben. Jedes Mal haben wir gute Rückmeldungen bekommen – das haben uns die Leute so gesagt. Aus dieser Sicht können wir uns leicht behaupten. Vielleicht war es eine kleine Überraschung, dass der Zweite mehr Stimmen als der Erste bekommen hat. Unser Posten im Stadtrat war bisher im Ökonomieausschuss, ein bißchen anonym kann man wohl sagen. Jedoch mit Einfluss, denn Carsten Dinsen hat auch sehr gute Ergebnisse für uns eingefahren. Nur die Sichtbarkeit nach außen war dadurch vielleicht nicht so intensiv. Da können wir natürlich viel mehr bewegen in der nächsten Periode, wenn wir mit zwei Vertretern im Stadtrat sitzen.

**Der Nordschleswiger:** Wo lagen übergeordnet die Gründe für den Wahlerfolg in Nordschleswig?

**Jørgen Popp Petersen:** Ich glaube und ich hoffe auch, dass sich der

Trend fortsetzt. »Stem sonderjysk« statt »stem tysk«, das ist salonfähiger, hätte ich fast gesagt. Mehr und mehr Sachen werden ja in der EU und in Kopenhagen bestimmt und das ärgert die Leute. Ich glaube auch, die anderen Parteien übertreiben, die holen Minister und Folketingssabgeordnete und ich weiß nicht was alles, um in ihrem eigenen Wahlkampf davon zu profitieren. Das wird meines Erachtens übertrieben. Wir hingen können uns selber vermarkten. Das kommt gut an, denn das ist glaubwürdig.

**Gerhard Mammen:** Aus Apenrader Sicht möchte ich hervorheben: wir hatten mit Ilse Friis erstmalig eine Super-Kandidatin in Apenrade. Sie hat auch ein ganz tolles Ergebnis erreicht. Wir haben etwa 90 Stimmen in Apenrade zugelegt. Dieser Zweikampf zwischen Ilse Friis und Kurt Andresen aus Nolde hat einen internen Wahlkampf geschürt, und der hat uns auf jeden Fall Stimmen gebracht. Was mich am meisten erfreut hat, ist eigentlich, dass wir es kompensieren konnten, dass Hinrich Jürgensen aufgehört hat, da er ja letztes Mal die meisten persönlichen Stimmen holte. Das haben wir wirklich kompensieren können, ein wesentlicher Grund für das gute Ergebnis. Die anderen Gründe sind natürlich dieselben:

Wir hatten eine Spitzenliste, wir haben einen Spitzen-Wahlkampf geführt und waren – wie Uwe es auch formulierte – auch überall präsent. Niemand stand irgendwo allein – wir waren alle zusammen, das hat sehr viel gebracht. Übergeordnet ist es uns gelungen, die Wähler davon zu überzeugen, dass wir Nordschleswig zusammenbinden und zusammenhalten wollen. Stephan hat das Beispiel genannt mit unserem Einsatz für die nordschleswigsche Kulturaussprache. Es gibt sicherlich mehrere Beispiele, und auf diesem Wege müssen wir weiter arbeiten. Aber ein ganz, ganz wichtiger Grund ist in meinen Augen, dass Deutsch und auch Deutschland mehr »in« geworden sind in unserer Gesellschaft. Immer mehr Dänen im Alter von 20-25 Jahren ziehen nach Deutschland. Ich glaube, dass wir heute auf der Gehstraße wie alle anderen ganz normal aufgefasst werden, Gott sei Dank ist es jetzt so. Ich kann erinnern, als ich 1985 anfing, da gab es noch den einen oder anderen, der »tyskerpak«, also »Deutschenpack« sagte. Das ist 2009 nicht mehr der Fall. Wir sind ein ganz normaler Teil der politischen Gesellschaft. Das hat mit Deutschland was zu tun in meinen Augen. Auch dass die Wiedervereinigung Deutschlands so gut

geklappt hat und dass man eine Bundeskanzlerin hat, diese Sachen gehören mit rein, die sind wichtig. Auch wie die Bundeskanzlerin im Ausland auftritt, das hat auch für uns seine Bedeutung. Der Nordschleswiger: ...und dann gab es ja auch die Jungen Spitzen...

**Gerhard Mammen:** Die jungen SPitzen haben wirklich Fahrt aufgenommen im letzten Monat vor der Wahl. Und sie haben einen ganz tollen Wahlkampf geliefert, sie hatten auch Plakate mit ihren eigenen Leuten. Jonas Westergaard in Pattburg hatte das beste Ergebnis aller jungen SPitzen mit 76 Stimmen. Ein ganz tolles Ergebnis, und meine Stellvertreterin, Marit Jessen, ja auch nicht die Älteste mit 25 Jahren. Sie hat auf Anhieb 118 persönliche Stimmen erzielt. Wenn man sich die Stimmen der jungen SPitzen ansieht, das ist ja unglaublich, was die geholt haben. Und noch etwas: Sie waren überall dabei, besonders haben sie sich in Sonderburg bemerkbar gemacht, wie ich es den Zeitungsbildern entnehmen konnte. Sie waren überall mit Stephan unterwegs und haben damit auch zum guten Ergebnis beigetragen.

**Uwe Jessen:** Ich möchte etwas zu diesem Stichwort »tyskerpak« sagen. Mitte der 80er hatte ich ein



*Das Interview im Pressehaus des Nordschleswigers mit Uwe Jessen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen, Jørgen Popp Petersen*



### **Jørgen Popp Petersen**

Jahrgang 1963, ist von Beruf Landwirt. Seit 2001 ist er auch Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Nordschleswig (LHN) und seit 2006 auch Vorsitzender der SG West. Er wohnt mit seiner Frau und vier Töchtern auf seinem Hof in Seewang bei Lügumkloster.



### **Gerhard Mammen**

Jahrgang 1961, von Beruf Data-konsulent bei TDC. Seit 1999 Vorsitzender der Schleswigschen Partei, außerdem Vorsitzender des BDN-Ortsvereins Rothenkrug und Vorsitzender des Deutschen Schulvereins für Brunde und Umgebung. Er wohnt mit seiner Frau und zwei Söhnen in Rothenkrug.



### **Uwe Jessen, Jahrgang 1971**

ist ausgebildeter Diplom-Betriebswirt. Seit Anfang 2009 ist er als BDN-Generalsekretär tätig. Seit 2005 bekleidet er das 32. Mandat im Stadtrat von Hadersleben, das ungewöhnlichste Kommunal-Mandat in Dänemark, zwar mit allen Rechten im Stadtrat – aber ohne Stimmrecht. Er wohnt mit seiner Frau und den beiden Kindern in Hadersleben.



### **Stephan Kleinschmidt**

Jahrgang 1977, hat eine Ausbildung als »Marketing Economist«. Sie vermittelt Kompetenzen im Bereich Marketing, Kommunikation, Verkauf, Wirtschaftsförderung, Wirtschaftslehre, Wirtschaftsrecht usw. im öffentlichen wie im privaten Sektor. Er ist Dänemark-Vertreter der Damp Holding in Tondern. Seit 2005 ist er Stadtratsmitglied in Sonderburg und war Vorsitzender des Kulturausschusses. Er wohnt mit seiner Freundin in Sonderburg.

besonderes Erlebnis. Ich hatte auf den Straßen mit vielen Menschen gesprochen, als eine ältere Dame auf mich zutrat und mir sagte: »Ja, I gor det jo godt og ae skal til og hold op med og tanke på, at min oldefar skulle med i krigene for tyskerne i Forste Verdenskrig. Det er ikke det, vi snakker om nu.« Das kann ich so gut erinnern.

**Stephan Kleinschmidt:** Das habe ich ja im Wahlkampf 2001 selbst noch erlebt. Es waren zwar wenige negative Bemerkungen, aber es gab sie. Damals haben wir das erste Mal auch als junge SPitzen den Begriff »Syn-nejyisme« eingeführt, der diese nordschleswigsche Identität und besondere Eigenart Nordschleswigs ein bisschen hervorheben sollte. »Synnejyisme« ist eine Eigenart, ja, ein Idealismus von uns. Da kann ich mich noch daran erinnern, aber ich glaube, dass unsere Wähler, wenn sie auch von außerhalb der Minderheit kommen, heute einfach davon absehen. Sie schauen sich an, wie es Uwe richtig betont hat: Ist es ein guter Politiker, ist es eine gute Politikerin, und wie machen sie ihre Arbeit, wie ist das Programm. Wir sprachen ja einleitend sehr viel über unsere Sichtbarkeit. Es sind die alltäglichen Fragen, die sich einfach jedem Wähler stellen. Und dann dreht es sich für den Wähler, der nicht aus der Minderheit kom-

mt, nicht um Fragen der deutschen Schule oder des deutschen Kindergartens, sondern da dreht es sich auch um Fragen wie Altenpflege, um Infrastruktur und um die Kulturpolitik. Ich glaube, dass das letztlich das Entscheidende ist, dass wir auch zeigen können, dass wir diese Tagesordnungen mitprägen können. Gerade wenn es auch um die Zusammenarbeit Nordschleswigs geht, ist das ja nicht nur eine Frage einer Autobahnerweiterung. Es sind die tagtäglichen Fragen. Da müssen wir die Antworten finden. Mit anderen Worten: Es hängen viele Sachen miteinander zusammen.

**Gerhard Mammen:** Wir haben ja auch früher immer wieder persönliche Stimmen bekommen wegen unserer Persönlichkeiten. Ich denke da z. B. an Erwin Andresen in UK, ich kann aber auch mein eigenes Beispiel nennen. Wir wohnten damals in Hellewatt, und da erhielt ich sehr viele persönliche Stimmen. Jetzt bin ich weggezogen, mein Umzug nach Rothenkrug kostete uns in Hellewatt 22 Stimmen. Ich bin mir ganz sicher, dass wir diesmal die Leute mit unserem Programm, mit unserer Identität, mit unseren Vorstellungen über Sonderjylland, mit unserem Sonderjysk erreicht haben. Das war 2009 der große



Das Interview im Pressehaus des Nordschleswigers mit Uwe Jessen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen, Jørgen Popp Petersen

Unterschied zu früheren Wahlen. Stephan Kleinschmidt: Hinzufügen möchte ich: Wenn wir sichtbar sind und dies vier Jahre lang und nicht nur drei Monate vor der Wahl, dann zeigen wir damit, dass unser Interesse für Nordschleswig und für die positive Weiterentwicklung Nordschleswigs auch ehrlich gemeint ist. Natürlich gab es auch früher die Frage der Prioritierung: Sind wir nun eine regionale Partei, oder sind wir eine Partei der deutschen Minderheit? Da kann ich mich noch gut an diese Diskussion erinnern. Wir sind ja gerade, weil wir die Partei der deutschen Minderheit sind, auch eine regionale Partei. Und weil wir eine regionale Partei im Grenzland sind, dann sind wir auch pro-europäisch. Für mich gab es, gibt es diese Priorisierungsfrage nicht, sondern das eine hängt mit dem anderen zusammen. Aber damals gab es eine Prio-ritierung, die gibt es heute nicht mehr. Wir haben heute ein sehr klares Selbstverständnis, und wir haben ein klares Selbstbewusstsein. Das ist letztendlich in diesem Wahlkampf sehr stark durchgedrungen.

**Uwe Jessen:** Wir hätten mit »Sonderjysk« oder welchen Themen auch immer kommen können, aber wenn ich mich jetzt in Hadersleben in den letzten drei Jahren

nicht zur Schulpolitik oder zur Infrastruktur geäußert hätte, dann wäre das lächerlich gewesen. Jetzt ist aber plötzlich einer da, der Politik spielt. Das ist der große, entscheidende Unterschied.

**Stephan Kleinschmidt:** Ja, denn jetzt haben wir ja das Mandat bekommen, um wirklich zu zeigen, dass wir dieser Aufgabe gewachsen sind. Nur, weil man einen positiven Trend bei dieser Wahl hatte, heißt es ja noch nicht, dass es beim nächsten Mal selbstverständlich ist, dass wir wieder Erfolg haben werden. Es gab auch früher, auch in den letzten zehn Jahren, wo ich jetzt aktiv gewesen bin, durchaus Anerkennung, doch das Interesse am Wahltag war letztendlich geringer. Aber jetzt haben wir zumindest durch die Arbeit der letzten vier Jahre – wahrscheinlich durch einen längeren Prozess – nicht nur die Anerkennung gefunden, sondern auch das Interesse, am Wahltag für uns zu stimmen. Ein Interesse, das jedoch gepflegt werden muss, dafür müssen wir einen Einsatz leisten. Ob es aufrechterhalten bleibt und ob wir dem neuen Vertrauen gerecht werden, das werden wir in vier Jahren sehen.

Jørgen Popp Petersen: Ich glaube ganz klar, dass sich der Erfolg von Stephan in Sonderburg in den

letzten vier Jahren auch positiv in den anderen drei Kommunen bemerkbar gemacht hat. Die Schleswigsche Partei ist nicht nur Tondern, man hört ab und zu etwas über die SP in der Presse – ja, da passiert auch etwas in Apenrade und vor allem in Sonderburg. Und das können wir natürlich in der nächsten Periode durch mehr Mandate noch viel mehr nutzen.

**Der Nordschleswiger:** Die SP-Veteranen haben sich ja auch in den Stadträten kurz vor der Wahl nachdrücklich für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nordschleswigschen Kommunen eingesetzt. Das war doch ein besonders gutes Beispiel für die regionale Zielsetzung der SP.

**Stephan Kleinschmidt:** Das, was interessant war in diesem Falle, ist ja, dass diese Diskussion zudem mit dem Vorstoß, die Zusammenarbeit unter den vier nordschleswigschen Kommunen zu stärken, in der Woche vor der Wahl auch zu einem Kommentar in »Jyd-skeVestkysten« von Redakteur Poul Erik Thomsens führte. Er stellte dabei auch die Frage: »Kann es auch richtig sein, dass es die Partei der deutschen Minderheit ist, die jetzt nur für die Zusammenarbeit in Nordschleswig plädiert?« Uwe Jessen: ...war aber nicht negativ gemeint, dass wir es

waren, sondern eher, dass es die anderen eben nicht tun...

**Stephan Kleinschmidt:** Es gab dann auch einen Leserbrief, wo sich einer die Frage stellte: Kann es stimmen, dass die deutsche Minderheit das Patent für das »Sonderjyske« für sich beansprucht? Ich finde diese Zeilen ganz interessant, weil ich sie doch auch als Motivationsschub werte. So in der Richtung: Das müssen wir alle machen!

**Gerhard Mammen:** Wir haben diesmal den Durchbruch als regionale Kraft in Nordschleswig geschafft. Das ist richtig, und nun gilt es, dies in vier Jahren zu bestätigen. Aber die Bestätigung gerade in Hadersleben zeigt – ich sage es noch einmal –, dass wir diesmal die breite Mehrheit erreicht haben und nicht nur Stimmen durch einzelne Kandidaten bekommen haben. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt, und noch ein zentraler Punkt: Wir sind ja immer noch die Partei der deutschen Minderheit – ohne Wenn und Aber! Ich sage es mal so: Die Wähler, die uns wählen, die müssen uns schon nehmen, wie wir sind. So muss es sein...

**Uwe Jessen:** ...wenn sie das eine wollen, müssen sie das andere auch akzeptieren...



Das Interview im Pressehaus des Nordschleswigers mit Uwe Jessen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen, Jørgen Popp Petersen

**Gerhard Mammen:** ...genau, das ist nämlich der Punkt. Sie müssen uns nehmen, wie wir sind...

**Stephan Kleinschmidt:** Es ist in dieser Runde gesagt worden, es gebe kein Entweder-oder. Richtig, denn es ist ein Sowohl-als-auch. Wenn wir den Schwerpunkt auf Nordschleswig legen, auf »Sonderjyisme« oder auf den Dialekt »Synnejysk«, dann sagen wir damit ja nicht, wir wollen nur die deutsche Sprache oder die deutsche Kultur. Wir wollen damit hingegen zum Ausdruck bringen: Wir stehen zu unserer Eigenart. Wir stehen dazu, das haben wir auch früher gesagt, aber wir tragen das heute eben ganz selbstbewusst nach außen. Und ich glaube, das ist letztendlich der Grund, dass wir vielleicht nach innen und nach außen motivieren und auch überzeugen können. Letztendlich sind wir selbst diejenigen, die überzeugen müssen, durch die Arbeit, die wir täglich vier Jahre lang leisten. Das tun wir in der Minderheit genauso, wie wir das, jeder für sich, im Einzelnen am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft tun.

**Uwe Jessen:** Das ist genau richtig. In Anführungszeichen »nur eine Schulpolitik« oder »nur eine Abfallpolitik« zu haben, das kann jede Partei. Ich möchte auf unsre-

darauf verweist, dass wir daran mitgewirkt haben, dass wir ein Infocenter Grenze in Bau haben und dass wir die Zusammenarbeit der Krankenhäuser über die Grenze hinweg durch unsere Vorschläge mit aufgebaut haben, das ist eine große Anerkennung für unsere Arbeit als SP. Davon kann sich dann auch jeder »Sonderjyde«, jeder Nordschleswiger sein eigenes Bild machen. Der Nordschleswiger: Aber wir erleben doch, dass die vier Kommunen in unterschiedliche Richtung fahren. Sonderburg und Apenrade gen Flensburg, Tondern gen Esbjerg und Hadersleben gen Norden.  
Jørgen Popp Petersen: Unsere Initiativen dazu sind ganz klar. Der frühere Bürgermeister war ja mehr für die Richtung Ribe/Esbjerg, und ich glaube auch, dass man das nicht ganz ausschließen kann, denn es gibt natürlich verschiedene Interessen. Dazu gehören als Beispiele Infrastruktur, Nationalpark, Touristen, aber die erste Priorität muss natürlich Nordschleswig sein. Und Tondern hat einen enormen Nachholbedarf in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Kontakt zu den Kommunen südlich der Grenze. Da sind wir einfach aktiver. Erfreulicherweise will auch Tonderns neuer Bürgermeister diesen Einsatz verstärken.

**Uwe Jessen:** ... so viel ist in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aber auch nicht passiert....

**Stephan Kleinschmidt:** ... ja, sie haben sich gegenseitig besucht, das ist richtig, aber ein bisschen mehr hätte man schon machen können.

**Jørgen Popp Petersen:** Das Erste, woran wir denken müssen an der Westküste, ist die Infrastruktur, und die hört ja nicht bei Süderlügum auf. Wir müssen da clever mit einsteigen. Es darf nicht so laufen, dass wir die Arbeit machen und dass dann die anderen die Verdienste einstecken.

**Uwe Jessen:** Eines ist ganz sicher, man soll nicht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit machen auf Kosten von etwas anderem. Hadersleben wäre doch schön blöd, wenn wir uns nicht in der Landesplanentwicklung (»landsdelsredegorelse«) dem ostjütischen Städteband angeschlossen hätten. Wir sind da jetzt ein bisschen durch Glück und ein bisschen durch Taktik reingekommen. Wenn wir in Fragen der Landesplanentwicklung gesagt hätten, das wollen wir nicht, weil wir lieber mit Schleswig zusammenarbeiten, dann wären wir doch

alte Wahlkampagne »Et godt krydderi i Sonderjylland« zurückkommen. Bei uns ist das ja noch etwas Zusätzliches, das ist eben der Vorteil, und was ganz wichtig ist mit diesem »Sonderjylland«, das ist, was wir jetzt auch vier Jahre lang zeigen. Ich habe jetzt z. B. gerade meinem neuen Kulturausschussvorsitzenden vorgeschlagen – ich werde ja diesem Ausschuss angehören, er möge mit den Ausschuss-Vorsitzenden der anderen Kommunen die Initiative dazu ergreifen, dass wir uns mindestens einmal im Jahr mit den anderen Kulturausschüssen treffen können. Wir kennen ja einander gar nicht. Deshalb ist auch erfreulich, dass die Bürgermeister bei ihrem ersten Koordinationstreffen vereinbart haben, dass man einen Anfangskurs für neue Stadtratsmitglieder in allen vier nordschleswigschen Kommunen gemeinsam durchführen will.

**Gerhard Mammen:** ...ein ganz wichtiger Punkt ist ja die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Hier können wir wirklich auch Erfolge vorweisen. Dass der Regionsvorsitzende Carl Holst auf dem Deutschen Tag in Tingleff sagt, es sei unser Verdienst, dass wir heute einen Rettungshubschrauber haben und dass er bei der Wahl-Veranstaltung des Nordschleswigers



Das Interview im Pressehaus des Nordschleswigers mit Uwe Jessen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen, Jørgen Popp Petersen

saublöd. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss sich so entwickeln, dass das Volk und meine Stadtratskollegen sehen, dass es sich lohnt. Die Reaktionen der anderen Parteien zeigen bisher eher Skepsis. Und ich kann sie teilweise auch verstehen, denn man redet in vielen Sitzungen über die Verteilung von 5.000 Euro oder über eine gemeinschaftliche Abfallbeseitigung von Mülltonnen oder so etwas. Das ist doch nichts, was den Bürger oder den Stadtratskollegen so interessiert. Es muss etwas kommen, was sozusagen gemeinsame Begeisterung schüren kann...

**Stephan Kleinschmidt:**  
Du sagst, es sind Fragen, die jeden betreffen. Es soll natürlich so konkret wie möglich sein. Zumindest diejenigen, die jetzt die letzten vier Jahre dabei gewesen sind, wissen, dass sich auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit schwertut mit diesen konkreten Sachen, die Gerhard hervorgehoben hat. Das gilt vor allem für grenzüberschreitende Aktivitäten im Gesundheitsbereich. Wir haben damals im »Sonderjyllands Amt« vor allem auch durch unsere Amtsmitglieder vieles nach vorne gebracht und mitgetragen. Jetzt müssen wir herausfinden, wie wir z. B. über die

bisherige Gesundheitskooperation hinausgehen können. Und neue Bereiche einbringen können.

**Uwe Jessen:** Das ist ja auch das, was ich sage...

**Stephan Kleinschmidt:** ...und dann gibt es die gute Sonderburger Vision als europäische Kulturhauptstadt 2017, wo wir letztendlich Husum ebenso wie Tondern, Hadersleben sowie Apenrade und Flensburg mit einbinden wollen. Vor sechs Jahren gab es mal so eine Städtekooperation. Sechs Städte – Husum, Schleswig, Flensburg waren damals auch dabei. Ja, wahrscheinlich werden es sieben sein, die bis 2017 die tagtägliche Kulturarbeit mitgestalten. Das sind die Sachen, die den Zusammenhalt zwischen den vier Kommunen, aber auch über die Grenze hinweg stärken können...

**Der Nordschleswiger:**  
Aber Sonderburg bevorzugt doch das Dreieck-Verhältnis mit Flensburg und Apenrade?

**Stephan Kleinschmidt:** Nein, es kann kein Entweder-oder geben. Man muss in vielen Bereichen seine Schwerpunkte finden, man muss dabei aber vor allem priorisieren können.



Das Interview mit den vier SPitzen im Pressehaus des Nordschleswigers: von rechts nach links: Uwe Jessen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen, Jørgen Popp Petersen und Diskussionsleiter. Foto: Karin Riggelsen

**Uwe Jessen:** Das ist genau das, was ich eben für Hadersleben gemeint habe. Einiges machen wir mit Randers, und einiges machen wir dann auch Richtung Süden.

**Gerhard Mammen:** Gut, man hat bisher ein bisschen versucht, aber es ist ja noch nicht viel Konkretes dabei rausgekommen, und die Partner wollten sich ja nicht daran messen lassen. Das hat auf jeden Fall Tove Larsen für Apenrade so gesagt. Was Tondern anbetrifft: Wenn es eine Zusammenarbeit geben würde mit Niebüll und Leck, da könnte man sicherlich auch an der Westküste noch einiges einkönnen und aufholen.

**Stephan Kleinschmidt:** Konkret haben wir einen Antrag für ein Interreg-Projekt gestellt, um diese Dreiecks-Kooperation zu intensivieren. Und der ist ja vom deutsch-dänischen Interreg-Ausschuss positiv entschieden worden.

**Gerhard Mammen:** Ich wollte auch nicht gesagt haben, dass da gar nichts passiert ist, sondern nur betonen: Da ist vielleicht noch mehr drin... Der Nordschleswiger: Bei der Kommunalwahl gab es in den Reihen der SP einen fast historischen Einschnitt, denn auf der Haderslebener Liste stand ein Iraner als Kandidat für die Partei der deutschen Minderheit. Mit dem Namen Reza Shanjani, 48 Jahre und übrigens auch Vor-



Das Interview im Pressehaus des Nordschleswigers mit  
Uwe Jessen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen, Jørgen Popp Petersen

sitzender des Integrationsrates der Kommune Hadersleben. Er hat immerhin gleich 46 persönliche Stimmen geholt.

**Uwe Jessen:** Reza ist ja dänischer Staatsbürger. Er ist im Iran geboren, ist dann aus dem Iran geflüchtet, er ist in Kopenhagen ausgebildet worden als Ingenieur und lebt jetzt mit Familie in Hadersleben. Reza bekennt sich nämlich gerade dazu, dass wir beides sind. Eine normale politische Regional-Partei und auch die Partei der deutschen Minderheit. Er hat seine Kinder in der deutschen Schule, er ist Vorstandsmitglied und jedenfalls auch aktiv im deutschen Ruder-verein. Und als solches passt er hervorragend in unser Profil. Wir müssen uns ja auch mit dem Bereich Integration befassen. Die Schleswigsche Partei hatte dazu lange gar keine Politik. Das haben wir erst seit dem letzten bzw. vorletzten Jahr, und das ist ein großer politischer Bereich, den wir auch wahrnehmen müssen, genauso wie wir Schulpolitik und Infrastrukturpolitik abdecken müssen. Wir können unser Minderheitenmodell nicht im Kosovo kopieren, aber wir können durch unser Nordschleswig-Modell auch in Nordschleswig andere integrieren. Denn wir können Ansätze geben in die

richtige Richtung. Und es wäre schön blöd für uns und für die anderen, wenn unsere Ideen da nicht mit einfließen würden. Auf dieser Grundlage ist Reza unser Kandidat, ja, er ist sogar einer der alleraktivsten gewesen. Ich will es gerne ausdrücklich hervorheben. Er hatte ein gutes Ergebnis, er ist unter den 15 besten SP-Kandidaten aller unserer persönlichen Stimmen in Nordschleswig. Und er war nicht enttäuscht, dass er nicht mehr Stimmen bekam. Nein, er war eigentlich sauer – und sein Wahlkampf für nächstes Mal hat bereits begonnen. Er hat schon jetzt konkrete Pläne, die wir in unserer Stadtratsgruppe diskutieren wollen. Ich glaube ganz bestimmt, dass die Schleswigsche Partei (SP) in Hadersleben auch einen Vorstoß machen wird in der Integrationspolitik in den nächsten vier Jahren.

**Der Nordschleswiger:**  
Multikulti als neues Profil?

**Uwe Jessen:** Nicht Multikulti. Ich weiß auch nicht ob es neues Profil ist. Es ist eben ein zusätzliches Profil.

**Stephan Kleinschmidt:** Aber was heißt jetzt nicht Multikulti? Das ist ja keine Einbahnstraße. Die SP ist wie jede andere Partei keine

statische Partei, keine statische Einheit, sondern eine dynamische Partei, die sich jetzt endlich mit den Werten 2009 auseinandersetzt und was danach kommt. Und wenn wir dänische Wähler ansprechen wollen oder auch Wähler mit einem anderen ethnischen Hintergrund, dann gilt es auch diejenigen Menschen in unsere politische Arbeit miteinzubinden. Ich finde es nicht nur beneidenswert, sondern ich habe es zutiefst bedauert, dass es uns in Sonderburg nicht gelungen ist, einen Kandidaten zu finden, der einen anderen ethnischen Hintergrund hat. Gerade um zu zeigen, dass wir Fragen wie kulturelle Vielfalt, sprachliche Vielfalt und kulturelle Intelligenz, Fragen zum interkulturellen Dialog in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – und das ist ja nicht nur die Region Sonderjylland/Schleswig, sondern auch darüber hinaus im europäischen Integrationsprozess und in der Globalisierung – ernst nehmen. Es würde uns gut anstehen, wenn wir gerade andere Wähler auch auf unseren Kandidatenlisten mit aufnehmen. Es gibt ja bereits konkrete Anfragen, in Sonderburg erhielt ich nach der Wahl zum Beispiel die Anfrage: Was soll ich machen, damit ich bei euch beim nächsten Mal kandidieren kann?



**Der Nordschleswiger:**  
Auch von den Dänen?

**Stephan Kleinschmidt:** Das sind jetzt Dänen, aber das Entscheidende für mich ist in dem Fall nicht, ob es ein Iraner, ein Iraker oder ein Däne ist. Letztlich ist für mich entscheidend: Ist es eine Person, die sich mit unserem politischen Programm auseinandersetzt und unser politisches Programm vielleicht sogar mitprägen möchte. Wer dies nach außen tragen möchte und stolz darauf ist, ein Teil dieser Einheit zu sein, ist bei uns willkommen.

**Jørgen Popp Petersen:** Also ich arbeite seit vielen Jahren im Landwirtschaftlichen Hauptverein für Nordschleswig (LHN) und da haben wir uns immer behaupten müssen



Das Interview im Pressehaus des Nordschleswigers mit Uwe Jessen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen, Jørgen Popp Petersen

auf dem freien Markt, sonst können wir doch überhaupt nicht als Verein bestehen. Und ich stimme mit Stephan überein: Man muss ein Programm haben, man muss eine Zielsetzung haben und wer diese Grundlage anerkennen will, der ist bei uns willkommen. Diese Fragen müssen wir jederzeit intensiv diskutieren. Diese Diskussionen haben wir auch ständig im LHN geführt; mit Erfolg. Wir zeigen doch, dass beides möglich ist, denn wir laufen ja nicht weg vor unserer Identität.

**Gerhard Mammen:** Ich kann nur unterstreichen, was Stephan gesagt hat. Das ist richtig für denjenigen, der unser Programm und unsere Kultur akzeptieren kann. Man muss aber auch daran denken, wenn man z.B. im Vorstand oder im Ausschuss irgendwo mitarbeiten will, dann sprechen wir deutsch. Das müssen sie ja dann auch können oder auf jeden Fall verstehen. Verstehen ist auf jeden Fall wichtig, denn die Sprache in unseren Ausschüssen oder in anderen Vorständen von Kindergärten oder Schulen muss natürlich Deutsch bleiben. Diesen Unterschied muss es geben. Das ist auch die Berechtigung dafür, dass wir die Partei der deutschen Minderheit sind. Das muss immer noch gewährleistet sein.

**Stephan Kleinschmidt:** Für mich dreht es sich bei dieser Frage auch immer darum, welches Potenzial haben wir, um unsere Stimmenzahlen noch auszuweiten. Wir sind ja nicht damit zufrieden, was wir bisher gemacht haben, das hoffe ich doch nicht. Es soll immer die Zielsetzung sein, letztendlich mehr Unterstützung für unsere Politik zu bekommen, also mehr Stimmen an Land zu holen. Ich glaube, dass dieses Potenzial gerade darin besteht, dass wir eine Partei sind, die Politik für alle machen kann – eine ehrliche Politik für Nordschleswig. Dieses Potenzial – und da geht es auch um Ehrlichkeit – benötigt jede Stimme, ja, es zählt jede Stimme. Und wenn wir uns diese geografische Landkarte anschauen, z. B. Sonderburg, dann gibt es ganz einfach auch Bereiche, in denen wir, so meine ich, bisher noch markant zu wenige Stimmen bekommen. Uwe Jessen: Viele glaubten ja, als wir Reza auf unsere Liste stellten, der holt massiv an Stimmen insbesondere in ein, zwei Wahlbezirken. Man soll aber nicht erwarten, dass diese Leute – bloß weil sie entweder Flüchtlinge waren oder etwa eine andere Hautfarbe haben – plötzlich alle ihre Stimmen nur einem der ihren geben. Das sind ja auch politische Menschen, da gibt es ja auch Liberale, Sozialdemokraten,



Kommunisten und sogar DF. Deswegen kriegt Reza natürlich nicht gleich 500 Stimmen. Das ist doch klar – und das ist ja auch gut so.

**Gerhard Mammen:** Wir müssen ins Detail gehen und jedes einzelne Wahllokal analysieren. Das ist, was jetzt vor Ort passieren muss. Wir müssen uns die Frage stellen: Was können wir besser machen, können wir andere Wähler erreichen, oder sind wir vielleicht nicht mehr. Ich finde, wir müssen jetzt auch dahin kommen, dass wir uns als eine Kommune betrachten und nicht danach gehen, wer ist Tingleffer, wer ist Bülderup-Bauer, Rothenkruger oder Apenrader. Wir sind eine Kommune, wir sind eine Partei in der Kommune und alle werden künftig ihr Bestes für Apenrade geben. Der NordschleswigerWlas ist mit dem in der SP noch immer zu

geringen Frauen-Anteil? Gerhard Mammen: Wir hatten ein sehr gutes Ergebnis durch Ilse Friis in Apenrade und sollten deshalb versuchen, sie für eine weitere Kandidatur zu gewinnen. In Tondern verspreche ich mir viel von meiner Stellvertreterin Marit Jessen. Ich glaube, ohne dass ich dem vorgreifen möchte, dass es vielleicht die letzte Periode von Carsten Dinsen Andersen sein wird, Dann wäre Marit ja eine natürliche Nachfolgerin auch mit ihrer Stimmenzahl bei dieser Wahl. Sie könnte es nächstes Mal packen, da bin ich ganz sicher.

**Uwe Jessen:** Zu den Frauen will ich auch noch etwas sagen. Wir hatten in Hadersleben ein ganz konkretes Ziel: Schon vor zwei Jahren wollten wir mehr als 50 Prozent Frauen auf der Liste haben. Und wir haben/hatten Unmengen an Frauen auf unserer Brainstorming-Liste, doch wir endeten bei zweien von elf. Ich weiß nicht, woran das liegt. Das ärgert uns. Wir würden gerne mehr Frauen aufstellen, aber es gibt offenbar irgendeinen Grund dafür, dass die Stadtratspolitik für Frauen nicht interessant ist.

**Jørgen Popp Petersen:** Die Wahlergebnisse sind sehr differenziert zu sehen in den verschiedenen Wahlkreisen, und die neue Kom-

Das Interview im Pressehaus des Nordschleswigers mit  
Uwe Jessen, Stephan Kleinschmidt, Gerhard Mammen, Jørgen Popp Petersen



mune ist ja eine ganz andere Sache als die alte. Das hängt auch mit der örtlichen Repräsentation zusammen. Viele stimmen einfach lokal. Man muss geografisch an jedem Ort bestens aufgestellt sein, aber das ist schwierig. Was die Frauen anbetrifft, da kann ich nur sagen: Marit, das ist die Zukunft in Tondern. Und sie hat Lust auf mehr. Stephan Kleinschmidt: In Sonderburg sind die ersten beiden Suppleanten Bodil Matzewska und Gisela Mezg-hani und damit haben wir zumindest zwei starke Frauen, die mich unterstützen. Wir brauchen auch Frauen, die unsere Politik mitprägen. Für das Wählerpotenzial spielt es vor allem eine Rolle, wo man herkommt, wo man seine Wurzeln hat und wo man auch bekannt ist. Ich bin zum Beispiel in Rinkenis und Ekensund der Kandidat, der hier von allen die meisten Stimmen bekommen hat. In Gravenstein-Ekensund hat jeder 10. Wähler Schleswigsche Partei gewählt, ich glaube es sind sogar 12 %. Da müssen wir natürlich den Ansatzpunkt sehen. Diese Stimmen müssen wir halten, sie müssen also gepflegt werden. Da muss gute Politik für Rinkenis, Gravenstein, ja, für den gesamten Fördebezirk gemacht werden. Was aber auch ganz entscheidend ist, dürfte die Frage sein, wie werden wir sichtbarer in Au-

gustenburg, in Südalsen oder in Norburg? Wie können wir Politik für Augustenburg, Norburg und Südalsen machen. Das sind strategische Überlegungen, wo wir heute ansetzen müssen. Da steckt ein Potenzial, auch mit neuen Kandidaten.

**Uwe Jessen:** So ist das ja überall. Hans-Iver Kley hat in Sommerstedt, Mölby und Ochsenwatt natürlich Stimmen gekriegt. Carsten Schmidt holte auf dem Haderslebener Ness viele Stimmen, weil er da herkommt. Ich kriege überall Stimmen – so wie Stephan –, aber das hat damit zu tun, dass Stephan und ich im Stadtrat sind und auch überall auf den Wahlplakaten erscheinen. Danach geben viele ihre Stimme ab.

**Der Nordschleswiger:** Wir möchten mal einen Vergleich ziehen zur dänischen Minderheiten-Partei, zum SSW. Das Meinungsforschungs-institut »dimap« hat kürzlich für die ARD auch das Wählerverhalten beim SSW untersucht. SSW-Landessekretär Martin Lorenzen stellte dazu in »Flensburg Avis« fest, dass zwei Fünftel Kernwähler des SSW gewesen sind, während drei Fünftel aus Unzufriedenheit mit anderen Parteien für den SSW gestimmt haben, mit anderen Worten Stimmen aus deutschen Parteien. Nun hat sich ja auch in

Nordschleswig politisch bei der Kommunalwahl die SP-Landkarte verändert. Sonderburg, früher weit abgeschlagen unter den Städten, liegt nun plötzlich hinter der Kommune Apenrade an zweiter Stelle. Woher kommen denn diese Stimmen, doch wohl nicht nur aus der deutschen Minderheit?

**Stephan Kleinschmidt:** Zum Ausgangspunkt SSW: Eigentlich tut mir der SSW da ja leid, wenn diese Evaluierung zeigt, dass viele den SSW nur wählen, weil die Wähler unzufrieden mit den anderen Parteien sind. Dann ist es ja letztendlich eine Abwahl der anderen und keine Wahl für den SSW. Ich habe hingegen das Gefühl, dass die Wahl in Sonderburg u. a. darauf beruht, dass die Wähler sich folgendes gewünscht haben: Wir wollen die Schleswigsche Partei im Stadtrat, sie spielt eine regionale Rolle und sie hat ein ehrliches Interesse daran, eine positive Entwicklung in Sonderburg zu fördern. Das ist also keine Abwahl der Sozialdemokraten oder der Fallesliste von Venstre. Ich glaube, es ist ein ganz pro-aktiver Be schluss des einzelnen Wählers, will ich diesen Kandidaten oder will ich ihn nicht, möchte ich diese Partei im Stadtrat sehen oder nicht. Ich bin davon überzeugt, dass gerade Sonderburg auch ein gutes Beispiel



dafür ist, dass diese Kommunalwahl nicht unbedingt eine Bürgermeisterwahl gewesen ist. Ich bin ja kein Bürgermeister in Sonderburg – noch nicht –, ich bin ja auch kein Bürgermeisterkandidat gewesen, sondern nur ein ganz gewöhnlicher Stadtratskandidat. Es ist uns gelungen, dem Wähler zu vermitteln, dass es darum geht, viele Parteien im Stadtrat zu haben, vor allem aber die Schleswigsche Partei. Das war die Kunst. Der Nordschleswiger: Kann man aber dann von einem großen Erfolg für die Partei der deutschen Minderheit sprechen?

**Stephan Kleinschmidt:** Ehrlich, mich interessiert diese Aufteilung eigentlich nicht. Wir sollen letztendlich Politik gestalten, die Interesse beim Wähler weckt. Und ob es nun zwei Fünftel oder drei Fünftel sind, das ist in meiner Selbstbetrachtung oder in meinem Selbstverständnis gar nicht so



wichtig. Wir machen Politik für die deutsche Minderheit, aber auch für jeden Bürger der Kommune Sonderburg, der sich mit unserer Politik identifizieren kann. Das ist das Entscheidende. Wir müssen davon abkommen, zu glauben, dass es eine Selbstverständlichkeit ist für jeden, der sein Kind in die deutsche Schule und in den deutschen Kindergarten schickt, dann auch Schleswigsche Partei zu wählen. Leider ist es heute nicht mehr so, dass man das sozusagen per Automatik tut.

**Uwe Jessen:** Wir müssen eben als SP so gut sein, dass sie es doch tun.

**Stephan Kleinschmidt:** Wir müssen die anderen halten und letztendlich neue hinzugewinnen. Wir wollen ja mehr Stimmen haben und können uns nicht mit dem Status quo zufriedengeben. Sicherlich gab es Aktionen und auch Aktivitäten, die sich ganz gezielt dem dänischen Wähler – sage ich jetzt mal so – gewidmet haben, aber ich möchte nur davon abraten, immer von denen und uns zu sprechen. Es geht nicht um Schwarz-Weiß-Fragen. In der Politik geht es für uns darum, durch unsere Arbeit zu überzeugen und zu motivieren.

**Uwe Jessen:** Es war eben die Rede von Abwahl. Ich glaube,

dass wir seit Anfang der 80er Jahre in Hadersleben abgewählt worden sind – als Partei der deutschen Minderheit. Jetzt werden wir wieder gewählt. Es sind ganz viele auch von unseren eigenen, die in den letzten 20 Jahren gesehen haben, dass sich das nicht mehr lohnt. Ich will lieber Politik machen als meine Stimme verloren geben, war die Auffassung so mancher. Jetzt werden wir wieder von unseren eigenen und auch noch von anderen »zugewählt«. Wer bei uns sein Kreuz setzt, ist mir letztendlich egal. Natürlich gibt es neue Wähler. Wir analysieren die einzelnen Wahlergebnisse. Wir haben diesmal zum Beispiel in Gramm keinen Wahlkampf geführt. Letztes Mal verloren wir 40 % der Stimmen, da gingen wir von 5 auf 3 zurück. Jetzt haben wir von 5 auf 7 zugelegt, aber auch wenn ich dort das Doppelte kriege, es bringt uns doch nichts, massiv auf Gramm zu setzen. Jedoch muss ich mir schon Gedanken darüber machen, ob ich in verschiedenen Wahlkreisen die Leute habe, die in die Landschaft passen.

**Jørgen Popp Petersen:** Wir müssen ehrliche und überzeugende Politik machen, um so viele Stimmen wie überhaupt möglich zu erzielen. Und wenn jetzt viele uns wählen, dann doch weil sie uns als bessere Alternative betrachten.

**Der Nordschleswiger:** Wenn man von den Veränderungen in der Wählerschaft der deutschen Minderheit spricht, dann ist die Westküste ja auch etwas national-konservativer als die Ostküste?  
**Jørgen Popp Petersen:** Generell ist die Westküste ja mehr konservativ als die Ostküste. Bei uns geht in der Entwicklung alles nicht so schnell.

**Uwe Jessen:** ... obwohl die mehr Wind haben...

**Jørgen Popp Petersen:** Wir bekommen jetzt, hoffe ich zumindest, eine ganz andere Position im Stadtrat. Und Hadersleben hat es ja auch gezeigt: Wenn Uwe in der letzten Periode nicht im Stadtrat gewesen wäre, hätten wir auch heute nicht diese Position. Der Wähler muss auch erkennen können, wie ihr auch sagt, dass es Sinn macht, für die SP zu stimmen. Warum für eine Partei stimmen, wenn die nicht reinkommt? Dann besteht die Gefahr der Stimmenverschwendungen. Also, ich glaube, da steckt auch für uns noch viel Potenzial in Tondern.

**Gerhard Mammen:** Wir haben bei der Wahl beides geschafft. Wir haben Stimmen aus der Mehrheitsbevölkerung bekommen, wir haben aber auch, wie es Uwe betont hat, wieder Stimmen aus der

Minderheit zurückgeholt, da bin ich voll mit dir einig. Wir haben keine Proteststimmen bekommen, denn es gibt in Dänemark einfach keinen Grund, irgendwelche Proteststimmen abzugeben. Es wundert mich auch, dass der SSW-Anteil mit zwei Fünftel so deutlich sein soll. Ich habe jetzt keine Erkenntnisse, aber ich bin ganz sicher, dass unser Anteil der BDN-Mitglieder als Kernwähler der SP größer ist als beim SSW. Ich weiß nicht, ob es drei Viertel oder vier Fünftel sind, aber der Anteil der Stammwählerschaft ist bei uns in der deutschen Minderheit höher. Einige Worte noch zur Westküste: man muss ganz klar unterscheiden hier. Wir sehen es auch an den Schulen und Kindergärten gerade an der Ostküste. Ich kann ja für Rothenkrug sprechen. Wir haben viele Eltern, die unser Angebot mit zwei Sprachen und zwei Kulturen wählen, weil wir in der Schule Rothenkrug erstklassige Arbeit leisten. So weit sind wir leider, leider noch nicht an der Westküste, wenn ich mir die Zahlen der Schüler und in den Kindergärten an der Westküste, in Lügumkloster, Hoyer, Osterhoist und Tondern anschau. Also, die Westküste ist noch anders, bisher.



## Durchbruch der SP als Regionalpartei

**Wesentlich bessere Möglichkeiten, die Politik in Nordschleswig zu erneuern...**

Knivsberg/Knivsbjerg – pl. »Es ist bei dieser Hauptversammlung etwas leichter, das Fazit zu ziehen als in den vorhergehenden Jahren, wo wir immer wieder auf den Wahlerfolg warten mussten.«

So leitete der Vorsitzende der Schleswigschen Partei, Gerhard Mammen, gestern Abend auf dem Knivsberg seine letzte Jahresbilanz als Parteichef ein und machte deutlich: »Die Kommunalwahl 2009 war mit 5.252 Stimmen ein Erfolg auf der ganzen Linie. Die Wahl war unser Durchbruch als regionale Partei in Nordschleswig. Diesmal haben wir die Wähler auch mit unserem Programm, unserem Profil und unserem Wahlkampf für Nordschleswig und »Synnejysk« erreicht – und dafür S-Stimmen bekommen.«

Dadurch, dass man in allen vier Kommunen vertreten sei, habe man wesentlich bessere Möglichkeiten, die Politik in Nordschleswig zu erneuern, so Mammen mit dem Hinweis, dass man das gute Ergebnis auch vor Ort bei den Konstituierungen gut umgesetzt habe, um konkreten politischen Einfluss zu bekommen. Man habe mit sechs Mandaten drei Ausschussvorsitzende – mehr sei kaum zu erreichen.

»Das gute Gesamtergebnis stärkt unseren politischen Einfluss und setzt neue Kräfte frei. Und die werden wir auch sehr gut gebrauchen können, denn vor uns liegen viele Herausforderungen, sowohl im Bereich Minderheitenpolitik,

als auch im Bereich Kommunalpolitik«, so Mammen in die Zukunft blickend. Die inhaltliche Erneuerung sei bereits im Richtlinienprogramm 2010+ in Angriff genommen worden.

»So tragen die Konstituierungsabsprachen in drei der vier Kommunen die deutliche Handschrift der SP. Damit ist eine gute Grundlage geschaffen, um unsere kommunal-und regionalpolitischen Ziele in den kommenden vier Jahren umsetzen zu können. Die Zusammenarbeit der vier Kommunen in Nordschleswig und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit werden wir besonders hoch priorisieren. Dies gilt vor allem im Bereich der Kulturpolitik. Wir wollen nicht nur Sonderburg, sondern die gesamte Grenzregion Sønderjylland-Schleswig zur Europäischen Kulturhauptstadt 2017 machen«, so der SP-Chef.

Im Bereich der Minderheitenpolitik werde die SP ihr Augenmerk weiterhin auf die deutschen Schulen, Kindergärten und Tagesstätten richten. Die Harmonisierungsbestrebungen in den Kommunen würden auch diese betreffen.

»Unser Ziel lässt sich auf folgende kurze Formel bringen: kurze Beine, kurze Wege. Wir werden uns gezielt für unsere kleinen Einrichtungen einsetzen, aber wir müssen -wo es möglich ist - auch rationalisieren«, so Mammen. Die Umsetzung der übergeordneten Ziele würde im Alltag eine effektive politische Arbeit in den SP-Gremien erfordern. Eine neue Struktur für diese Arbeit wurde gestern Abend diskutiert und beschlossen. Dabei spiele die Zusammenarbeit mit den gewählten Kommunalvertretern eine besondere Rolle, denn sie sollen die Initiativen aus den neuen Ausschüssen umsetzen. Im Vergleich mit der Zeit vor der Kommunalreform komme der kommunalen Ebene eine viel größere Rolle zu. So werden in allen vier SP-Kommunen Fraktionsgruppen gebildet, die die Kommunalvertreter im politischen Alltag konkret unterstützen sollen, so der SP-Chef.

Der Nordschleswiger,  
14. April 2010

